

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte oben deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Klassenbewußtsein und Selbstbewußtsein.

IV.

—r. Wenn wir nach der Quelle forschen, aus der das stark ausgeprägte Selbstbewußtsein des modernen Proletariats entspringt, so stoßen wir auf eine Erscheinung, die dem proletarischen Klassenkampf der Gegenwart ihr charakteristisches Gepräge aufdrückt. Es ist dies der Zusammenschluß der Massen zu mächtigen Organisationen. Was wir noch niemals in der Menschheitsgeschichte beobachtet haben, das sehen wir heute: die unterdrückten, entrechteten, verelendeten Proletarier aller Kulturländer ballen sich zusammen zu einheitlichen, straffen Organisationen, um durch gemeinsames, planmäßiges Vorgehen sich vom Sklavensojche zu befreien und neue bessere Zustände zu schaffen. Mögen auch die Mittel und Wege verschieden sein, mag auch die Organisationsform wechseln, das Ziel ist für alle Klassenbewußten Proletarier dasselbe. Und so sehen wir denn, wie das Proletariat in hellen Häufen herbeiströmt und sich unter dem roten Banner des Sozialismus zusammenschließt zu mächtigen Organisationen. Das Klassenbewußtsein ist die Grundlage des modernen Rechtslebens, das unantastbare Heiligtum des modernen Proletariats, die Keimzelle der proletarischen Moral. Disziplin, Opfermut und Solidarität sind die höchsten Tugenden eines Klassenkämpfers und der organisierte Klassenkampf, der alle diese Elemente in sich zusammenfaßt, ist die vollkommenste Form menschlicher Entwicklung.

Um die Bedeutung der Organisation im modernen Emanzipationskampf zu erkennen, braucht man nur hinblicken in jene Zeiten und in jene Gegenden, in denen die Organisationen noch unbekannt sind, und man braucht sie nur zu vergleichen mit jenen Zeiten und Gegenden, die unter dem Zeichen der Organisation stehen. Das moderne Proletariat verdankt sein Emporkommen lediglich seinen Organisationen. Als der Kapitalismus auf der Bildfläche erschien unter der hochtrabenden Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! merkte man in der Praxis nichts von einer Verwirklichung dieser Ideale, im Gegenteil, die Verelendungen des Kapitalismus machten sich überall bemerkbar; es hatte wirklich den Anschein — und selbst Marx teilte damals diese Auffassung — daß die Masse des Volkes immer mehr ins Elend herabgedrückt werde. Aber diese damals weitverbreitete Verelendungstheorie hat klägliche Schiffbruch gelitten; es entstanden proletarische Kampforganisationen und nun setzte in unverkennbarer Aufstiegs des Proletariats ein, eine Wiedergeburt der Arbeiterklasse trat immer deutlicher zutage. Selbstverständlich beschränkte sich dieser Erfolg zunächst auf jene Gegenden, in denen starke Organisationen vorhanden waren. Wo anders finden wir ein hochentwickeltes Proletariat, als dort, wo wir hochentwickelte Organisationen haben? Das Kulturniveau der Arbeiterklasse steigt mit der Stärke der Organisationen, die Organisation ist das Barometer, das die Kulturhöhe des Proletariats anzeigt.

Die Wirkung der Arbeiterorganisationen leuchtet auch dem blödesten Auge ein: sie verschaffen dem Arbeiter wirtschaftliche und politische Vorteile, sie verschaffen ihm Ansehen in der Gesellschaft, sie erziehen ihn zu einem Kulturmenschen, sie bringen ihm Aufklärung und Bildung und sie verbessern seine moralische Haltung. Und vor allen Dingen verleihen sie ihm ein starkes Selbstbewußtsein. Ein organisierter Arbeiter schämt sich nicht über seine unorganisierten Kollegen und erträgt auch das Gefühl dieser Überlegenheit in sich. Ein unorganisierter Arbeiter ist ein minderwertiger Mensch und sein ganzes Wesen trägt auch nach außen hin den Stempel dieser Minderwertigkeit. Dort, wo die unorganisierten Arbeitermassen die Mehrheit bilden, beobachten wir geistigen und wirtschaftlichen Druck, Entrechtung und Erniedrigung; es fehlt dort Energie und Kraftbewußtsein, die gekrümmten Rücken und hängenden Köpfe wandeln sich durchs Leben, diese Elfenkinder der Gesellschaft, in stolze, in blühenden Vergnügungen und in stumpfsinniger Trägheit erschöpft sich ihr Dasein.

Wie ganz anders die Arbeiter, denen ihre Organisation Stärke und Rückhalt verleiht! Sie wissen, welche hohe Bedeutung ihre Tätigkeit im wirtschaftlichen Leben hat. Sie fragen mit dem Dichter:

Wer schafft das Gold zu Tage,
Wer hämmert Erz und Stein,
Wer webet Tuch und Seide,
Wer baut Korn und Wein,
Wer gibt den Reichen all ihr Brot
Und lebt dabei in bitterer Not?

Und sie antworten mit den Brusttönen der Ueberzeugung: „Das sind die Arbeiter, das Proletariat!“ Was das Christentum in Laufe von fast zwei Jahrtausend nicht fertiggebracht hat, das hat das organisierte Proletariat in wenig Jahrzehnten erreicht, es hat die Arbeit gemacht und das Nichtstun verächtlich gemacht. Die organisierten Arbeiter tragen das Bewußtsein ihres Wertes und die Ueberzeugung von ihrer Unentbehrlichkeit in sich. Die Wahrheit der Herwegshen Verse ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen:

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Käder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.
Deiner Dränger Schaar erbläht,
Wenn du, milde deiner Last,
In die Erde lehnst den Pflug,
Wenn du rufst: Es ist genug!

Aber das organisierte Proletariat will dieses Selbstbewußtsein auch in die Tat umsetzen. Es hat seine große Aufgabe in der Entwicklung der Menschheit erkannt und es hat den festen Willen, diese Aufgabe zu erfüllen. Es will Not und Elend beseitigen, es will eine Gesellschaft gründen, die auf den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und der sozialen Moral beruht, es will das alte Unrecht in neues Recht verwandeln. Es hat den Klassenkampf überwunden und es verkörpert den gewaltlosen Umsturz, in zäher, unermüdlicher, positiver Arbeit will es jeden Fußbreit des ersehnten Neulands erobern. Darum auch hat es das Dichterverwort auf seine Fahne geschrieben:

Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte,
morsche Ding, den Staat,

Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!
Das Klassenbewußtsein verbindet sich mit dem Kraftbewußtsein, das Selbstbewußtsein mit dem Pflichtbewußtsein, und als die höchste Blüte erscheint das proletarische Selbstbewußtsein.

Das Auftreten der modernen Arbeiter, ihre Weltanschauung und ihre Taktik, legt Zeugnis ab von diesem gesteigerten Selbstbewußtsein. Ein moderner Arbeiter tritt vor den Kapitalisten hin und spricht: „Du hast einen großen Geldsack, ich habe einen kleinen Geldbeutel, aber als Mensch bin ich Dir gleich!“ Er tritt mit Mäurerstolz hin vor den Königsthron und spricht: „Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleisch!“ Er nimmt sich das Schillerwort zum Wahlspruch: „So hochgestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm beachte!“ Und da er weiß, daß sein Recht auf Menschewürde und menschenwürdiges Dasein, auf soziale und wirtschaftliche Gleichheit, einstweilen noch in der Theorie stecken geblieben ist, so ist er bereit, alles dranzusetzen, um die Welt nach seinem Willen umzuformen. Das aus dem Klassenbewußtsein herausgewachsene proletarische Selbstbewußtsein der Masse ist die Triebkraft im Emanzipationskampf, es bietet die Gewähr für einen endgültigen Sieg des auf dem gleichen Genußrecht und der gleichen Arbeitspflicht beruhenden Sozialismus. Denn eine Klasse, die das Bewußtsein ihres Wertes und das Gefühl ihrer Kraft in sich trägt, ist unbesiegtbar.

Unsere Tarifbewegung.

Die in voriger Nummer schon erwähnten Verhandlungen der zentralen Verhandlungskommission, die vom 3. bis 6. Februar in Berlin stattfanden, haben in letzter Stunde doch noch ein Resultat gezeitigt: Der Ablaustermin für die neuen Verträge ist auf den 15. Februar 1915 festgesetzt worden. Man muß es den Herren vom Arbeitgeberschutzverband lassen, sie haben bis zuletzt mit einer zähen Ausdauer an ihrem Standpunkt festgehalten. Als wir am 3. Februar zu diesen neuen Verhandlungen gingen, hielten wir es für fast unmöglich, nach den vielen schon vorausgegangenen Diskussionen in den früheren Sitzungen jetzt, man möchte fast sagen zum hundertsten Male, über die Frage des Ablaustermins noch viel zu sagen. Trotzdem erforderte es noch nicht nur den ganzen ersten Tag, sondern noch einen zweiten, dritten und vierten Tag, bis endlich spät am Abend des 6. Februar diese eine Frage, der Ablaustermin, erledigt war. Zweimal während dieser langen Dauer waren die Ver-

handlungen schon gescheitert und abgebrochen, die gegenseitigen Kriegserklärungen bereits abgegeben. Wenn es alsdann trotzdem zum Schluß noch zu einer Verständigung gekommen ist, so verdanken wir das in erster Linie unseren Kommissionsmitgliedern, die sich an Zähigkeit und Ausdauer von den Arbeitgebervertretern nicht übertrumpfen ließen und daneben die Verhandlungen auch mit großem Geschick zu führen verstanden.

Bekanntlich forderte unser Verband von allem Anfang als Ablaustermin für die neuen Verträge den 15. Februar 1915. An dieser Forderung haben unsere Mitglieder in der Verhandlungskommission auch bis zuletzt strikte festgehalten. Die Arbeitgebervertreter dagegen wollten für diesen Ablaustermin nur dann eintreten, wenn die auf 1914 abgeschlossenen Verträge auch mit bis 1915 verlängert würden. Für diesen Fall sollte in den betreffenden Städten 1 Pf. Lohnzulage gewährt werden. Der Vorschlag der Arbeitgeber sollte bezwecken, die in der zweiten Hälfte des Vorjahres abgeschlossene und die jetzt zur Verhandlung stehende Vertragsserie miteinander zu vereinigen. Dieser Vorschlag mußte von unseren Vertretern mit Entschiedenheit abgelehnt werden, und zwar von dem Standpunkt aus, daß der Konsequenzen halber Verhandlungen an den einmal abgeschlossenen und noch fortlaufenden Verträgen nicht stattfinden dürfen.

Am zweiten Tage der Verhandlungen wurden die beiderseitigen Kommissionsmitglieder sich dann inso-

weit einig: „daß dem Abschluß der jetzigen Verträge auf 1915 zugestimmt werden könnte unter der Voraussetzung, daß bei den zukünftigen Vertragsverhandlungen und Vertragserneuerungen eine weitere Vereinheitlichung des Inhalts und Ablaustermins der Verträge entsprechend der industriellen und geographischen Lage der Vertragsorte anzustreben wäre.“

Man kann gewiß zugeben, daß der Kerninhalt dieses Vorschlages ein guter war und ist. Auf der einen Seite haben die Arbeitgeber ein großes Interesse daran, in erster Linie in den benachbarten Städten und Bezirken durch möglichsste Einheitlichkeit der in den Tarifverträgen festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen vor der Schmutzkonkurrenz geschützt zu werden. Und auf der Seite der Arbeiter liegt das gleiche Interesse vor, zurückgebliebene Lohnverhältnisse der einen Stadt werden stets ungünstig einwirken auf die Verhältnisse der Nachbarstädte. Aber unser Verbandsvorstand hielt trotzdem die Tendenz des Vorschlages für bedenklich und konnte sich nicht entschließen, auf der Grundlage desselben zu einer freien Vereinbarung über den Ablaustermin mit dem Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes zu kommen. Besser wäre zwar bereit gewesen, dem Vorschlage der Kommission zuzustimmen, knüpfte an seine diesbezügliche Erklärung aber eine wieder für uns unannehmbare Bedingung, weshalb dann zum Schluß unter allseitiger Zustimmung die Kommission ersucht wurde, ihrerseits einen Schiedsspruch zu fällen. Zu diesem Zweck zog sich die Kommission dann nochmals zu gesonderter Beratung zurück und kam nach wiederholter eingehender Debatte zu folgendem Beschluß:

„Es wird übereinstimmend anerkannt, daß der zukünftigen Zusammenziehung einzelner Vertragsorte eine Vereinheitlichung der beiderseitigen Zentralvorstände vor-

ausgehen muß. Die Kommission beschließt nunmehr folgenden Schiedsspruch: Der Ablaustermin der jetzt zur Verhandlung stehenden Verträge wird auf den 15. Februar 1915 festgesetzt, unter der Voraussetzung, daß bei den zukünftigen Vertragsverhandlungen und Vertragserneuerungen eine weitere Vereinheitlichung des Inhalts und Ablaustermins der Verträge entsprechend der industriellen und geographischen Lage der Vertragsorte anzustreben ist.“

Damit ist nun wenigstens ein Hindernis für eine friedliche Verständigung in den beteiligten Städten hinweggeräumt, aber leider erst eins. Denn die Verhandlungen in den Kommissionsverhandlungen angestellten Verträge, auch über die Frage der Arbeitszeit hinwegzulassen, sind gänzlich gescheitert. In diesem Punkt fand man schließlich den Ausweg, die Verhandlungen über die Verlängerung der Arbeitszeit den beteiligten Parteien wieder zuzuwenden.

Die verbliebenen Verhandlungen sind in der Folge fast in allen Städten sofort wieder aufgenommen worden. Was sie bringen werden, läßt sich noch gar nicht voraussagen. Unsere Kollegen sind überall auf dem Posten, und sie tun gut daran, ihre Müstungen fortzusetzen.

Kollektive Arbeitsverträge in Großbritannien.

F. Im August 1910 stellte das Arbeitsamt im Handelsministerium zu London den Bestand von 1898 kollektiven Arbeitsverträgen fest, die 2 400 000 Arbeiter direkt betrafen. Außerdem sind diese Verträge maßgebend für die Gestaltung der Löhne, der Arbeitszeit usw. vieler anderer nicht direkt beteiligter Personen, namentlich in Gewerben und Bezirken, wo die Mehrheit der Betriebe durch Kollektivvereinbarungen gebunden ist, und wo es für Unternehmer, die sich nicht an ihre Bestimmungen halten, schwer ist, tüchtige Arbeitskräfte zu bekommen. Von allen Kollektivverträgen waren 278 Einigungs- und Schiedsverträge zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, 80 geltende Lohnskalen, 588 Stücklohnlisten und die restlichen Arbeitsvereinbarungen sonstiger Art. Die Schiedsverträge bilden zum Teil die Grundlage für den Abschluß der eigentlichen Lohnverträge, acht davon betreffen je 100 000 bis 420 000 Arbeiter.

Die Verteilung aller Kollektivverträge und der daran direkt beteiligten Arbeiter nach Wirtschaftszweigen ist nachfolgend dargestellt.

Wirtschaftszweige	Zahl der Kollektivverträge	Zahl der daran beteiligten Arbeiter
Bergbau und Steinbruchbetrieb	56	900 000
Transportgewerbe	92	500 000
Textilindustrie	113	460 000
Metall-, Maschinenbau- und Schiffbauindustrie	163	280 000
Baugewerbe	803	200 000
Bekleidungsindustrie	303	50 000
Druckindustrie	79	40 000
Andere Wirtschaftszweige	87	20 000
Zusammen	1696	2 400 000

Hierbei sind die an mehreren Verträgen beteiligten Arbeiter nur einmal gezählt. Es kommt nämlich gar nicht selten vor, daß für dieselben Arbeiter und Unternehmer ein Zentralvertrag und mehrere Lokalverträge bestehen; die Zentralverträge regeln die allgemeinen, die Lokalverträge spezielle Verhältnisse.

Auffallend ist, daß die Kollektivverträge in wenigen Wirtschaftszweigen vorherrschen, wogegen in den übrigen erst Anfänge dazu vorhanden sind. Das kommt daher, weil ihre Voraussetzung das Vorhandensein beiderseitiger Organisationen, sowie eine hohe wirtschaftliche Entwicklung und Konzentration ist. Die Zahl der an den Kollektivverträgen direkt beteiligten Arbeiter stimmt im ganzen mit der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nahezu überein, die zu Ende des Jahres 1909 2 347 461 betrug, wovon auf den Bergbau und Steinbruchbetrieb 721 041, die Textilindustrie 304 832, die Metall-, Maschinenbau- und Schiffbau-Industrie 357 112, die Transportgewerbe 210 612, die Baugewerbe 163 027, die Druckindustrie 70 999, die Bekleidungsindustrie 60 438 und auf sonstige Wirtschaftszweige 393 400 entfielen.

Bemerkt muß werden, daß das britische Arbeitsamt in seine Statistik der Kollektivverträge die „Betriebsverträge“ in der Regel nicht aufnahm, die zwischen einer Firma und ihren Arbeitern, oder einem Teil derselben, abgeschlossen wurden.

Gegenstand der Kollektivverträge ist am häufigsten die Festsetzung der Löhne und der Arbeitsdauer, dann die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Beschäftigung jugendlicher Personen und die gegenseitige Abgrenzung des Arbeitsgebietes verschiedener Arbeiterkategorien. Andere Bedingungen werden relativ selten durch die Verträge geregelt.

In der Holzindustrie existieren nur wenige Tarifverträge, und sie kommen bloß für eine kleine Minderheit aller in Großbritannien beschäftigten Holzarbeiter in Betracht. Die geltenden 28 Tarife in dieser Industrie sind ausschließlich Lokaltarife; bei dreien ist die Zahl der beteiligten Arbeiter unbekannt, bei den verbleibenden 25 betrug sie im August 1910 zusammen 6110. An einem für die Möbelindustrie in verschiedenen Orten Schottlands gültigen Tarif, der 1899 abgeschlossen und 1901 ergänzt wurde, sind 1650 Arbeiter beteiligt, an dem Tarif der Möbelerbeiter in Glasgow (abgeschlossen im Mai 1905) rund 1000 Arbeiter, an dem Tarif für die Möbelpolierer in Manchester (vom Februar 1908) 500 Arbeiter, an jedem anderen eine geringere Zahl.

In England bestehen 23 Holzarbeitertarife, in Schottland fünf und in Irland gibt es einen einzigen; in Irland ist es auch mit der gewerkschaftlichen Organisation am schlechtesten bestellt.

Von allen 28 Tarifen sind 21 Tarife für Möbeltischler, Polierer und Möbelerbeiter im allgemeinen, 3 Tarife für Tapezierer, ferner je einer für Wagner, Böttcher, Bildhauerinnenmacher und Engewerksarbeiter.

Eine nennenswerte Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie haben diese Kollektivverträge nicht und es besteht gar keine Aussicht, daß die Tarifvertragspolitik in absehbarer Zeit erheblich Boden gewinnen wird, denn die Gewerkschaften, wie sie jetzt bestehen, sind zu schwach, um die Unternehmer, die für sie nicht eingenommen sind, dazu veranlassen zu können.

Ein Einigungs- und Schiedsvertrag zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten und zur Verhütung von Streiks oder Aussperrungen besteht nur für die Möbelfabrikation in London. Er wurde zwischen der National Amalgamated Furnishing Trades Association (Gewerkschaft der Möbelerbeiter) und der London Cabinet Trades Federation (dem

Unternehmerverein) abgeschlossen und bestimmt, daß alle Streitigkeiten seitens der Partei, die sich benachteiligt fühlt, einem ständigen Einigungsausschuß vorzulegen sind, der innerhalb von sieben Tagen zur Beratung zusammentreten und in den nächsten sechs Tagen seine Entscheidung treffen muß. Der Einigungsausschuß besteht aus je drei Arbeiter- und Unternehmervertretern. Jede Partei unterbreitet der anderen in der ersten Januarwoche eines jeden Jahres eine Liste von sechs Personen, von der die Gegenpartei drei als Mitglieder des Einigungsausschusses auswählt. Beim Ausscheiden eines Mitgliedes ist im Verlauf einer Woche ein Ersatz zu bestimmen, so daß Arbeiter und Unternehmer immer die gleiche Stimmenzahl haben. Wenn sich der Ausschuß über eine Streitfrage nicht zu einigen vermag, so wird an das Handelsministerium das Ersuchen gerichtet, einen Schiedsrichter in Gemäßheit mit dem „Conciliation Act“ von 1896 zu ernennen, dessen Entscheidung endgültig und für beide Parteien bindend ist. Bei fallweiser Zustimmung können die Mitglieder des Einigungsamts auch selbst einen Schiedsrichter wählen.

Dieselbe Einrichtung, nämlich daß gewerbliche Streitigkeiten, über die sich die Parteienvertreter nicht einigen können, unbedingt zur Austragung durch Schiedsrichter kommen müssen, haben in Großbritannien insgesamt 153 von allen 278 Einigungsausschüssen; bei 81 anderen derartigen Ausschüssen erfolgt die Verweisung von Streitfragen an Schiedsrichter nur dann, wenn die Vertreter der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer im Einzelfall dafür eintreten. In den Satzungen von 44 Einigungsausschüssen ist dagegen die Austragung von Konflikten durch Schiedspruch überhaupt nicht vorgesehen. Das System der freiwilligen Einigungsausschüsse, das in seinen Anfängen fast 50 Jahre zurückreicht, hat in der jüngsten Zeit rasch an Umfang gewonnen.

Werkstätten und Arbeiterinteressen.

Das gute Herz der Unternehmer ist immer noch ein Artikel, mit dem man gutgläubige Arbeiter vom Beitritt zu ihrer Berufsorganisation abzuhalten sucht. Es gibt auch tatsächlich noch Arbeiter, die mit Hinweis auf ihre „Lebensstellung“ den Gedanken an Organisation weit von sich weisen, bis sie eines schönen Tages erleben müssen, daß sie nach oft langjähriger Tätigkeit ebenso entlassen werden, wie der jüngste Arbeiter des Betriebes. Erst kürzlich berichtete die Presse über einen Fall in Frankfurt a. M., wo einem Arbeiter nach einer überstandenen Krankheit ein Lohnabzug von wöchentlich 2,50 M. oder der Fremdzettel angedroht wurde, nachdem er 20 Jahre in dem Betriebe beschäftigt gewesen ist. Die meisten Leute übersehen eben nur zu leicht, daß ein Unternehmer, mag er persönlich noch so ehrenwert sein, im Verkehr mit den Arbeitern doch immer Geschäftsmann bleibt. Der kleine Arbeitgeber aber, der vielleicht hier und da einmal dem Arbeiter menschlich näher tritt, kann in der Regel die Lasten einer dauernden Wohltätigkeit gar nicht tragen. Wo aber in Großbetrieben Wohlfahrtseinrichtungen bestehen, dienen diese — allen Versicherungen der bürgerlichen Presse zum Trost — in erster Linie dem geschäftlichen Interesse des Betriebes, in der Regel dem Festhalten der Arbeiter bei sonst ungünstigen Bedingungen.

Diese Wohlfahrtseinrichtungen kommen zwar mangels des Vorhandenseins vieler Kleinbetriebe in der Holzindustrie nicht so häufig vor als in der Metall- und Textilindustrie, immerhin sind sie anzutreffen, und sei es nur in Form von Kartoffel-, Pfingst- oder Weihnachtsgeld oder Fabrikausflügen.

Die Unternehmer wollen in der Regel die Undankbarkeit der Arbeiter gegen ihre „Fürsorge“ nicht verstehen und suchen die Ursache in „sozialdemokratischer Verheerung“. Einen „Schulfall“ dieser Art hat wider Willen der Seniorschei eines hemischen Werkes in Essen, Dr. Karl Goldschmidt, in einer Broschüre „Ein Schulfall sozialdemokratischer Verheerung“ skizziert. Die Arbeit beweist, was sie gerade abzustreiten sucht: daß nämlich die Wohlfahrtseinrichtungen des vom Verfasser geleiteten Werkes in dessen geschäftlichem Interesse und nicht in dem der Arbeiter geschaffen sind. Das Werk, das etwa 450 erwachsene Arbeiter beschäftigt, hatte eine Pensionkasse errichtet und hierzu 10 000 M. gestiftet. Arbeiter und Meister mußten nun der Kasse zwangsweise beitreten und wurden ihnen dafür 2 Proz. des Lohnes abgezogen, während die Firma 1 Proz. dazu leistete.

Die Leistungen der Kasse waren sehr niedrig bemessen. Nach zehnjähriger Mitgliedschaft sollten bei Erreichung des 70. Lebensjahres oder beim Sinken der Erwerbsfähigkeit auf ein Drittel (Invaldität) dem Versicherten 12 Proz. des Durchschnittslohnes als Pension gewährt werden. Letztere stieg mit jedem weiteren Jahre der Mitgliedschaft um 0,4 Proz., so daß also die Pension nach 20jähriger Mitgliedschaft 16 Proz., nach 30jähriger 20 Proz. des bisherigen Verdienstes erreicht haben würde.

Man zeigte sich aber, daß die hohen Beiträge für diese Leistungen nicht erforderlich waren und schlug deshalb die Firma eine Erhöhung der letzteren vor. Dazu gehörte an sich nicht allzuviel soziale Einsicht, denn es kostete ja nicht mehr als seither, fesselte ihr aber die Arbeiter mehr an den Betrieb, lag also im wohlverstandenen Interesse der Firma. Die Pensionkasse hatte aber, wie wohl alle diese Werkstätten, die Bestimmung, daß eine Rückzahlung der Beiträge eines Arbeiters beim Ausscheiden aus dem Betriebe nicht erfolge. Dem Scheidenden sollte jedoch die freiwillige Mitgliedschaft in der Kasse ermöglicht werden, wenn er die vollen Beiträge weiter leistete. Diese Mög-

lichkeit ist zwar an sich eine Verbesserung, wird aber meistens ausgenutzt werden können.

Hier wie anderswo hatte aber die Betriebsleitung die Macht, durch einfache Entlassung selbst nach 30jähriger Beitragszahlung jeden Arbeiter um die Früchte derselben zu bringen. Hierin liegt ja der große Nachteil für die Arbeiterschaft bei allen diesen Werkstätten. Wer irgend welche Beschwerden oder Forderungen der Fabrikleitung gegenüber geltend macht, läuft Gefahr, entlassen zu werden und damit 2 Proz. seines ganzen bisherigen Verdienstes einzubüßen. Um dieser Beschränkung ihrer Freizügigkeit abzuweichen, forderten die Arbeiter im vorliegenden Fall bei dem günstigen Stand der Kasse zunächst die Rückzahlung der eingezahlten Beiträge beim Verlassen des Betriebes einzuführen und erst dann an eine Erhöhung der Leistungen heranzutreten. Die Arbeiter wollten sogar sagen, daß die Rückzahlung erst sechs Monate nach dem Ausscheiden erfolgen sollte. Trotzdem lehnte die Firma jeder derartige Verlangen entschieden ab und maßregelte den Sprecher der Arbeiter, wohl um damit den Zweck ihrer „Wohlfahrtseinrichtung“ besser zu illustrieren. So blieben denn alles beim alten.

Herr Goldschmidt jammert nun über die Verheerung der Arbeiter, wodurch diese um die Erhöhung der Pensionen gebracht worden seien. Der Herr glaubt damit zu beweisen, daß es nur an den bösen Sozialdemokraten liegt, wenn es den „lieben Arbeitern“ nicht besser geht. Und das sollen vernünftige Menschen glauben? Wollte das Werk wirklich den Arbeitern eine Wohltat erweisen, so laßt doch nichts näher, als deren berechtigten Anforderungen entsprechen. Aber da liegt der Hase im Pfeffer. Sobald der Arbeiter beim Wechseln der Arbeitsstelle sein angespartes Geld voll zurückverlangen kann, läßt bei ihm der Zwang, auf jeden Fall im Betriebe auszuharren, nach, ohne diesen Zwang aber hat die Firma kein Interesse an der Einrichtung.

Mit dem Vererbe von der sozialen Fürsorge des Arbeitgebers ist es also in diesem Falle nichts, und in hunderten anderen Fällen liegt es nicht anders. Den Arbeiter ist vielmehr damit gedient, wenn sie den vollen Lohn ausbezahlt erhalten und diesen nach eigenem Gutdünken verwerten können. Ist es ihnen dann möglich, Mülllagen zu machen, so stärken diese Notgroschen ihre Position, während die Werkstätten ihre Abhängigkeit erhöhen.

Wohl ist richtig, daß die Renten der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind. Dem kann aber nicht durch solche privaten Kassen abgeholfen werden, die doch selbst bei günstigster Verfassung nur einem Bruchteil der Bedürftigen helfen können, sondern durch Herabsetzung der Altersgrenze und Steigerung der Leistungen auf dem Wege der Gesetzgebung.

Der paritätische Arbeitsnachweis.

Von der Berliner Ortsverwaltung wird uns geschrieben:

Unter diesem Titel unternimmt die Fachzeitung ihrer Nr. 4 in einem mit E. N. (Carl Nahrung) gezeichneten Artikel einen Vorstoß gegen das Obligatorium des im Vertrag festgelegten paritätischen Arbeitsnachweises für Groß-Berlin.

Anlaß zu diesem Vorgehen gibt Herrn N. eine Besprechung des Nachweises in unserer Zeitung vom 14. Januar. Herr N. behauptet, aus der Tatsache, daß in der Besprechung zugegeben wird, daß trotz der erfreulichen Entwicklung in der Inanspruchnahme des Nachweises durch Arbeiter und Unternehmer eine Unzufriedenheit in gewissen Kreisen beider Parteien bestehe, ergebe sich, daß man eingesehen hätte, das Obligatorium sei unhaltbar, sei ein dem Verband aufgebundene Miß, nur scheuten wir uns, dies einzusehen.

Ferner sei das Nummerensystem in der Vermittlung für Berlin unanwendbar, durch dasselbe würden beide Teile (Arbeitgeber und Arbeiter) geschädigt, da dieses System den Wünschen beider Teile nicht entspreche. Der Artikel gibt dann in längeren Ausführungen eine ganz schiefe Darstellung der Vermittlung und klingt in den Vorschlag auf den Nachweis in städtische Regie zu überführen und das Obligatorium aufzuheben.

Herr N. ist vorsichtig genug, seinem Vorschlag vorauszusenden, daß er daran zweifle, daß sein Vorschlag von der Berliner Verwaltung akzeptiert werde, da er ja an Erfahrung wisse, daß ihre Anträge stets vom Verband abgelehnt würden, selbst auch dann, wenn sie ausschließlich nur das Beste der Arbeiter wollten. Die letzte Behauptung können wir wohl mit dem Hinweis abtun, daß wir bis jetzt um jede, auch die geringste Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Zähigkeit kämpfen und die Unternehmern abringen mußten. Und daß die Aufhebung des Obligatoriums der Arbeitsvermittlung im allgemeinen zum Besten der Arbeiter diene, kann wirklich nur ein Unternehmer behaupten. Das Obligatorium der Vermittlung bedeutet gegenüber der bis dahin bestehenden Anarchie der Vermittlung durch eine Anzahl arbeitnehmernaher Arbeitgebervereine, durch Umschau, durch Privatnachweise und durch Heranziehung von Arbeitskräften durch die Zeitung einen großen Fortschritt.

Bei allen Vertragsverhandlungen ist ein außerordentlich hoher Wert auf die einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung auch seitens der Arbeitgeber gelegt worden. Ein durchgreifende einheitliche Regelung ist aber ohne Obligatorium nicht möglich.

Voraussetzung für die Durchführung des Obligatoriums und die Vermittlung für Groß-Berlin von einem Zentrale ist die strikte Einhaltung der sich hierauf beziehenden

Warnung vor Zug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zug ist ferngehalten von:
 - Züchtlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Braunshausen, Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Wevelsberg (Möbelfabrik Mar- kana), Hameln (Nordb. Automobilfabrik), Müllin in Lauenburg (Greese), Mühlhausen in Thüringen (Weidelt u. Selsert), Neu-Rosenburg (Wittich), Rastatt, Segeberg, Stolp in Pommern, Reib (Kinderwagenfabrik), Sittau, Linz an der Donau (Möbelfabrik Müller).
 - Metallarbeiter nach Schmöln (S.-A.).
 - Möbelschneidern nach Zürich (Wiederkehr u. Scheller).
 - Korbmachern nach Reib, Stockholm (Korbfabrik Scholz).
 - Drehschneidern nach Stolp in Pommern.
 - Knopfmachern nach Frankenhäuser.
 - Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Rastatt.
 - Stahlarbeitern nach Würzel i. Th., Otterup auf Fünen.
 - Bergbauern und Hilfsarbeitern nach Budapest in Ungarn.

den Bestimmungen des Vertrages und der gute Wille beider Parteien, die dem Obligatorium im Wege stehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Hierin hapert es aber bei den Arbeitgebern. In fast jeder Schlichtungskommission liegen Beschwerden wegen Nichtbenützung der Arbeitsnachweise durch die Unternehmer vor. Diese Unternehmer umgehen den Nachweis lediglich, um sich der Kontrolle über Erfüllung der Vertragsbestimmungen, die die Lohnverhältnisse regeln, zu entziehen. Der Arbeitsnachweis übt hierüber eine gewisse Kontrolle aus, da der Arbeitgeber bei Anmeldung von offenen Stellen auch den zu zahlenden Lohn bzw. das Kostgeld angeben muß.

Das ist der wirkliche und einzige Grund der Unzufriedenheit der Unternehmer mit dem Arbeitsnachweis.

Das vertragswidrige Verhalten der Unternehmer muß notwendigerweise auch unsere Kollegen unzufrieden machen.

Es liegt also nur an dem guten Willen der Unternehmer, die Vertragsbestimmungen einzuhalten, dann wird auch das Obligatorium der Vermittlung im Interesse beider Teile wirken. Die Angabe in dem Artikel, die Art der Vermittlung nach dem Nummersystem befriedige weder die Unternehmer noch die Arbeiter, da nach diesem System nicht die geeigneten Kräfte an die geeigneten Stellen vermittelt würden, ist eine ganz beweislose Behauptung. Herr Schein den Darlegungen der Arbeitsvermittler in den Auditoriumsitzungen wenig Beachtung zu schenken, sonst könnte er diese Behauptungen nicht aufstellen. Es wird nicht allein nach der Reihe der Nummern vermittelt, sondern auch nach der Fähigkeit zu der angebotenen Stelle. Die Nummerierung der Arbeitslosenarten ist erforderlich, damit die angebotenen Stellen aus der Zahl derjenigen Arbeitslosen besetzt werden, die nach ihrer Nummer am längsten auf dem Nachweis gemeldet sind, aber immer unter Voraussetzung der Befähigung zu der zu besetzenden Stelle, und das ist doch recht und billig. Ist überhaupt eine andere Vermittlung denkbar oder durchführbar?

Ueber die Behauptung, daß Spezialarbeiter nach Innen- und Außenstellen und Möbelarbeiter nach Zeichnung gegen ihren Willen nach Spezialwerkstätten vermittelt würden, werden die Arbeitsvermittler beider Parteien wohl die Köpfe schütteln. Beschwerden aus den Meisterkreisen über eine derartige Vermittlung sind unseres Wissens auch noch nicht erhoben worden.

Daß Herr N. gerade in Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter für Aufhebung des Obligatoriums eintritt, ist doch etwas Verdächtig. Wir möchten ihn raten, die Vertretung der Interessen der Arbeiter ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, zu überlassen.

Doch all die Einwände und Vorwürfe, die gegen das Obligatorium erhoben werden, richten sich nicht nur gegen das Obligatorium, sondern gegen den Nachweis überhaupt.

Kann ein Nachweis mit Obligatorium die Stellen zur Zufriedenheit der Beteiligten nicht besetzen, so ein Nachweis ohne Obligatorium erst recht nicht. Denn dann steht es ja nur im Belieben der Unternehmer, sowohl wie der Arbeiter, ob sie den Nachweis benutzen wollen oder nicht. Und bei der Gegenseitigkeit eines nicht unerheblichen Teils der Unternehmer gegen den Nachweis würde die Benutzung des Nachweises durch die Unternehmer sehr bald nachlassen, eine unheimliche Vermittlung würde nicht stattfinden und der Nachweis zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Das zu verhindern, haben wir alle Ursache, da die Regelung der Arbeitsvermittlung nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Vertrages ist, sondern auch zu denjenigen unserer Aufgaben gehört, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ziel haben. Dem Vorschlag zur Ueberführung des Nachweises in städtische Regie mit dem Recht der Wahl der Vermittler sind wir selbstverständlich bereit, beizutreten. Die

politische Vertretung der Arbeiter in Berlin und den Vororten hat hierzu bereits die Initiative ergriffen und dahingehende Anträge in Berlin und den Vorortgemeinden gestellt.

Diesem unserer Kollegen aber, die bisher sich noch nicht recht an das Obligatorium gewöhnen konnten, werden angesichts der Agitation der Unternehmer gegen das Obligatorium zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß das von der großen Mehrheit der Berliner Kollegen geforderte Obligatorium des Nachweises im Interesse einer geordneten Vermittlung und der Erhaltung der festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig war.

Soziales.

Wir rüsten.

n. Wir haben jüngst an dieser Stelle hingewiesen auf die Selbstverständlichkeit, mit der das Zentrum auf die christlichen Gewerkschaften als seine politische Schutztruppe rechnet, wie andererseits die christlichen Gewerkschaften es an Versicherungen, bei den nächsten Wahlen den bürgerlichen Parteien, insbesondere dem Zentrum Hilfe zu leisten, nicht fehlen lassen. Peter Spahn hat es am Schluß des vorigen Jahres in einer Versammlung in seinem Wahlkreis offen ausgesprochen, daß das Zentrum, um sich der Sozialdemokratie zu erwehren, die christlichen Gewerkschaften fördern müsse, und da das geschah im Zusammenhange mit Ausführungen über die nächste Reichstagswahl, so weiß man, was das Zentrum bei dieser Gelegenheit von den christlichen Gewerkschaften erwartet. Und das christliche Metallarbeiterblatt war es, das bereits vor der Spahn'schen Rede zum Sammeln blies und die christlichen Gewerkschaften anwies, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alles zu tun und nichts zu unterlassen, was die bürgerlichen Parteien stärken könnte im Kampf gegen die Sozialdemokratie und die mit ihr gehende Gewerkschaftsbewegung.

Auf jener Seite herrscht also Klarheit. Die blaue schwarze Reaktion kann sich auf die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften verlassen. Demgegenüber darf auch bei uns kein Zweifel und Schwanken bestehen, wie wir uns in den kommenden Tagen des Kampfes zu verhalten haben. Partei und Gewerkschaft sind bei uns selbständig in ihrer Leitung und Verwaltung, aber sie sind eins in dem Streben, der Sache der Arbeiter zu dienen, jede für sich im Bereiche ihrer besonderen Aufgaben, aber einmütig zusammenhaltend, wenn eine besonders große, die beiden Zweige der Arbeiterbewegung treffende Aufgabe an uns herantritt. Und eine solche bedeutungsvolle Aufgabe wird uns gestellt in den nächsten Reichstagswahlen, eine Aufgabe, an deren Lösung der Parteipolitiker wie der Gewerkschaftsmann in gleichem Maße beteiligt ist. Wir sollen dem blaueschwarzen Bloß die Sünden heimzahlen, die er an der Arbeiterklasse begangen hat; wir sollen durch den Stimmzettel unser Urteil abgeben über die mannigfachen Untaten des herrschenden Systems in Preußen-Deutschland; wir sollen aber auch durch die Wahl berufener Volksvertreter dafür sorgen, daß dem volks- und arbeiterfeindlichen Kurs ein Ende gemacht, daß der Weg geöffnet wird zu einer Kulturpolitik, die den Forderungen der Arbeiterklasse, des zahlreichsten und wichtigsten Teils unseres Volksganges, gerecht zu werden verspricht.

Nach dem Zolltarif vom Jahre 1902 die Reichsfinanzreform vom Jahre 1909 — beides Maßnahmen, die darauf hinarbeiten, die Kräfte und Mittel der Masse dienstbar zu machen dem Interesse einer kleinen Minderheit Bevorzugter. Zentrum und Konservative ließen den einzig vernünftigen Teil der Reichsfinanzreform nach der Regierungsvorlage, die Erbschaftsteuer, verschwinden und legten dafür die Hauptlast mit desto größerer Wucht auf die Schultern der besitzlosen Masse. Und dieselben Konservativen und Ultramontanen, denen keine Last zu schwer ist, um sie den Arbeitern aufzuhalsen, bringen es fertig, bei der Reichswertzuwachssteuer den Landesfürsten Steuerfreiheit zu gewähren; mag der Gewinn, den sie als Grundbesitzer und Spekulanten einheimfen, noch so unverdient und noch so groß sein, sie bleiben steuerfrei, während der letzte Groschen des Arbeitsmannes, jedes feiner unentbehrlichsten Lebens- und Gebrauchsmittel herangezogen wird. Dafür gebührt dem blaueschwarzen Bloß die Quittung, und auch wir als Gewerkschafter haben darauf zu sehen, daß diese Quittung so deutlich und scharf wie möglich ausfällt, denn es kann uns nicht einerlei sein, ob durch eine verkehrte Steuerpolitik uns die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit wieder zunichte gemacht werden.

Der kommende Reichstag wird sich mit der Erneuerung des Zolltarifs, d. h. mit der Frage zu beschäftigen haben, ob das bisherige System der Besteuerung der notwendigen Lebensmittel zugunsten der Agrarier erhalten oder gar noch verschärft, oder ob damit ein Ende gemacht werden soll. Die Zollfrage und die Lohnfrage hängen auf das engste miteinander zusammen. Es kommt uns nicht darauf an, wie hoch unser Lohn in Mark und Pfennigen ist, sondern wieviel wir für diesen Lohn kaufen können. Und wenn eine zum Besten der Großgrundbesitzer geschaffene Schutzpolitik die Kaufkraft unseres Arbeitslohnes herabdrückt, dann ist der Erfolg unserer gewerkschaftlichen Arbeit ganz oder zum Teil wieder aufgehoben; wir haben Geld und Mühe geopfert nicht für uns, sondern für die Taschen der Agrarier, die in den höheren Getreidepreisen die von uns erlangten Lohn-erhöhungen einheimfen. Deshalb müssen wir im gewerkschaftlichen Interesse bei den nächsten Reichstagswahlen mitwirken, daß die agrarische Mehrheit gebrochen, der blaueschwarze Bloß vernichtet und das Parlament so zusammen-

gekehrt wird, daß dort die Interessen der Gesamtheit und nicht, wie bisher allein, der Vorteil einer kleinen bevorzugten Minderheit gewahrt wird.

Die nächste Reichstagswahl soll sich auch zu einer Volksabstimmung zugunsten der preussischen Wahlreform gestalten. Auch hier gebietet das gewerkschaftliche Interesse, durch eine überwältigende Anzahl sozialdemokratischer Stimmzettel den Regierenden zum Bewußtsein zu bringen, daß das deutsche Volk es müde ist, in dem größten Bundesstaat ein Wahlrecht zu dulden, das lähmend auf der gesamten Politik im Reich wie im Staat und der Gemeinde liegt. Das Dreiklassenwahlrecht ist die Stütze der preussischen Junkerherrschaft mit ihrer Brutalität, ihrer Habgier, ihrer Annahmung, ihrer Kulturfeindschaft, ihrem Arbeiterhass. Und diese Junkerherrschaft erstreckt sich über die schwarzweißen Grenzpfähle hinaus auf das gesamte Reich und erstickt hier jeden Fortschritt auf politischem, sozialem und geistigem Gebiet. Die Junker sind die geborenen und geschworenen Feinde aller Bestrebungen, die auf die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse hinarbeiten. Ein preussischer Junker war es, der das Wort sprach, daß die Sozialdemokratie, er meinte damit die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, höchstens Objekt, aber nicht Subjekt der Gesetzgebung sein könne, d. h. daß sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter überhaupt keine Staatsbürgerrechte haben, nicht wählen und gewählt werden dürfen.

Und die Junker erhalten in dieser Beziehung würdige Bundesgenossen in ihrem ultramontanen Teilhaber vom schwarzblauen Bloß. Das Zentrum denkt nicht daran, in Preußen ein vernünftiges, volkstümliches, demokratisches Wahlrecht zu schaffen. Es tut, mag es nach außen sich auch noch so sehr als den unentwegten Volksfreund aufstellen, in Wirklichkeit doch alles, um das Zustandekommen einer wirksamen Wahlreform in Preußen zu verhindern. Und wie es die Gleichberechtigung achtet, zeigt sein Verhalten in Bayern, wo es offen fordert, daß Sozialdemokraten nicht als Beamte, Angestellte und Arbeiter im Staatsdienst beschäftigt werden sollen, zeigt sein Verhalten im preussischen Abgeordnetenhause, wo es jüngst durch seinen Redner dem Landwirtschaftsminister beipflichtete, als dieser erklärte, daß in der staatlichen Forstverwaltung Waldarbeiter, die der Sozialdemokratie oder einer freien Gewerkschaft angehören, nicht eingestellt würden. Das ist, wie man sieht, gar nicht so sehr verschieden von dem Standpunkt des Junkers, der Sozialdemokraten das Recht abspricht, zu wählen und gewählt zu werden.

Das sind alles Dinge, die den Arbeiter als Gewerkschaftsmann ebenso nahe angehen wie als Politiker. Darum heißt es rüsten, um die Bestrebungen zur Besserung unserer Lebenslage, um den Fortschritt der Sozialpolitik, um die Verhinderung der wider unser Wohl und unsere Rechte gerichteten Anschläge der blaueschwarzen Reaktion zu sichern. Und ringen wir den Bund der Junker und der Klerisei nieder, dann züchtigen wir damit auch ihre Handlanger im Arbeiterlager, die christlichen Gewerkschaften, die an all den Untaten der Volksfeinde ein reichlich gemessenes Anteil von Mitschuld haben. Die christlichen Gewerkschaften geben sich jetzt, seit ihre Führer als Abgeordnete die Mitverantwortung für die Sünden des Zentrums tragen, offen als das, wozu sie von ihren Gründern und Sönnern bestimmt waren: als die Schutztruppe der Reaktion, als die Handlanger des Unternehmertums, die um keinen Deut besser zu bewerten sind, als die Selben, als die Gefolgschaft des Lebius und Ginke.

Müssen wir auch in unserem Kreise. Mären wir auf, was noch dämmert, rütteln wir auf, was noch schläft in unseren Reihen. Schaffen wir Kampfesstimmung und Opferwilligkeit für die schweren Tage, die vor uns liegen, und tragen wir mit bei zum Siege der Kultur über junkerliche und pfäffische Rückwärtserei. Bahn frei für den Fortschritt auf allen Gebieten, hinan zu unserem gemeinsamen Ziel: der Befreiung der Arbeiterklasse!

Gewerkschaftsunterstützungen in Braunschweig steuerfrei! Diese Entscheidung hat, wie das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zu berichten weiß, die braunschweigische Steuerbehörde in der Sache eines Mitgliedes unseres Verbandes getroffen. Dieser Kollege hatte als Streikender bei der Tischfabrik Saalfeld insgesamt 245 Mk. Streikunterstützung vom Deutschen Holzarbeiterverband erhalten und bestritt nun der Behörde das Recht, diesen Betrag seinem steuerpflichtigen Einkommen zuzuzählen. Da in Braunschweig die Gewerkschaftsbeiträge von diesem Einkommen nicht abgezogen werden dürfen, wie dies bei den Beiträgen zur Krankenversicherung der Fall ist, so folgte der Kollege, zur dementsprechend auch die dafür empfangenen Gewerkschaftsunterstützungen, weil es darauf einen klagbaren Anspruch nicht gibt, auch nicht versteuert werden brauchen. Diese Ansicht war um so mehr begründet, als in Braunschweig die Unterstützungen der Krankenkassen von der Steuerpflicht befreit sind. Die Steuerbehörde ist anscheinend der Begründung des Kollegen, die durch das Arbeitersekretariat vertreten wurde, gefolgt, denn sie zog den diesbezüglichen Steueranspruch zurück. In Sachen u hat die Behörde in gleichen Fällen das Abzugsrecht für Verbandsbeiträge verneint und trotzdem die Unterstützungen für steuerpflichtig erklärt.

Die literarischen Institutionen der sozialdemokratischen Partei haben am 1. Februar eine wesentliche Erweiterung erfahren. Für Rheinland-Westfalen wird in Düsseldorf, Kaiser Wilhelmstraße 55, ein Sozialdemokratisches Bureau eröffnet; in das als Redakteure die bisherigen leitenden Redakteure des Offener Parteiorganis, Limberg, und der „Bergarbeiter-Zeitung“, Pokorny, und als Sekretär Peter Wimmen aus dem Kölner Parteisekretariat eintreten.

Gleichzeitig werden die vorhandenen Berliner Einrichtungen zur Herausgabe von Agitationsmaterial besser ausgestattet. Die bisher mit der Redaktion der „Partei-Korrespondenz“ verbundene Registratur wird erweitert und neuorganisiert. Genosse Hugo Wochsch, zuletzt Redakteur des Fachorgans der Gastwirtenschaft, tritt Ende Februar in die Redaktion der „Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz“ ein, in der Genosse Schröder zuletzt allein tätig war.

Ferner siedelt Genosse Konrad Hänsch, bisher Leiter der Redaktion des Dortmunders Organs, nach Berlin über, um die systematische Bearbeitung des gegenwärtigen Flugblatt- und Flugchriftenmaterials zu übernehmen.

Genosse Otto Heinrich, der Leiter der Straßburger Druckerel, wurde vom Parteivorstand zum technischen Gutachter für Druckerei- und Presseangelegenheiten gewählt. Er wird von Mitte Februar ab seinen Sitz in Berlin haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 7. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

In die reisenden Mitglieder müssen wie das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirt als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehrten sich wieder derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

Täglich gehen Besuche ein, Mitgliedern, die über die statutenmäßig zulässige Zeit mit der Beitragszahlung in Rückstand gekommen sind, das Nachzahlen zu gestalten und die Kollegen wieder in ihre früheren Rechte einzusetzen. Der Erfüllung dieser Wünsche stehen statutarische Bestimmungen entgegen, sie müssen sämtlich abgelehnt werden. Aber nicht nur diese formalen Gründe sind für die Ablehnung maßgebend. Mit dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen im Verband haben die Ansprüche unserer Mitglieder eine bedeutende Erweiterung erfahren, mit Recht verlangen die Mitglieder die pünktliche Erfüllung der ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Das bedingt aber, daß auch die Mitglieder dem Verband gegenüber die gleiche Pünktlichkeit abzuwarten lassen. Verfümen die Kollegen, sich durch pünktliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen die Mitgliedschaft im Verband zu sichern, so verschulden sie selbst den Verlust ihrer Anrechte.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 48098 Heinrich Roth, Tischler, geb. 29. 7. 73 zu Zürich.
- 97384 Paul Hoffmann, Tischler, geb. 8. 10. 77 zu Thiergarten.
- 140865 Karl Seibel, Tischler, geb. 5. 7. 65 zu Leifersdorf.
- 245112 Franz Fuder, Tischler, geb. 23. 10. 75 zu Lindenberg.
- 284616 Paul Kusta, Tischler, geb. 27. 4. 88 zu Obernigt.
- 377971 Karl Hall, Tischler, geb. 1. 10. 85 zu Damgarten.
- 411934 Cornelius Fuchs, Tischler, geb. 21. 10. 84 zu Thurnau.
- 474209 Adam Fath, Tischler, geb. 16. 5. 10 zu Bamberg.
- 476726 Wilhelm Schab, Tischler, geb. 16. 2. 81 zu Schwehingen.
- 477254 Adolf Weit, Modelltischler, geb. 12. 2. 92 zu Schöningen.
- 497170 Wilhelm Uebe, Tischler, geb. 16. 4. 86 zu Olzheim.
- 521929 Johann Bassin, Tischler, geb. 11. 11. 73 zu Verden.
- 535781 Karl Jäckel, Tischler, geb. 7. 9. 81 zu Witterfeld.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korlarbeiter.

In letzter Zeit war die Konjunktur im allgemeinen für die Korlarbeiter eine schlechte. Hauptsächlich in den Großstädten hatten die Kollegen viel unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, zum Teil wurde auch mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Von den meisten Großstädten wird uns berichtet, daß die Fabrikation von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt wird, so u. a. in Bielefeld, Frankfurt a. M., Magdeburg, Hamburg. Dagegen ist zu konstatieren, daß in den Orten, wo die Kollegen durch ihre Interesslosigkeit noch ganz der Willkür der Fabrikanten preisgegeben sind, die Zahl der Beschäftigten eine größere geworden ist. Doch auch hier hat es den Anschein, als ob die Korlarbeiter erwachen und über ihre Lage nachdenken. Es ist ja auch geradezu tröstlich, wie die Leute bezahlt werden. Für 1000 Korke, für und fertig mit der Hand geschnitten, mit Streifen und Würfel schneiden, wird je nach Größe 1 bis 2 Mk. gezahlt. Es muß daher eines jeden Kollegen Pflicht sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit diesen Armen über den Nutzen und Wert der Organisation Aufklärung zu bringen. Immer mehr Kollegen scheiden aus dem Korlarbeiterberuf, weil sie in anderen Berufen als ungelernete Arbeiter immer noch besser fortkommen. Zwar lassen die Verhältnisse in den Großstädten in bezug auf Arbeitszeit und Lohn viel zu wünschen übrig. Aber einen solchen Hungerlohn wie in den kleinen Orten magt man denselben hier denn doch nicht anzubieten, dank der Organisation und Solidarität der Kollegen. Wir müssen aber die Kollegen wieder auffordern, sich mehr wie bisher um die für die Interessen der Korlarbeiter geschaffene Zentralkommission und den Arbeitsnachweis der Korlarbeiter zu kümmern. Denn nur dann, wenn die Kollegen in ihrer Gesamtheit sich mit den Verhältnissen der Korlarbeiter vertraut machen und die Zentralkommission unterstützen, kann diese im

Interesse der Korlarbeiter tätig sein. Daß der Arbeitsnachweis nicht immer allen an ihn gestellten Ansprüchen gerecht werden konnte, liegt eben an der schlechten Konjunktur. Immerhin sind auch in diesem Jahre eine Anzahl Kollegen durch unseren Arbeitsnachweis vermittelt. Im Interesse der Kollegen liegt es, bei U n a n a h m e v o n A r b e i t durch U n a n n e e n, sich erst bei den Kollegen der in Betracht kommenden Orte zu erkundigen, damit unliebsame Vorfälle, wie sie sich im letzten Jahre in Hamburg abgespielt haben, vermieden werden. Den Sektionsführern und Vertrauensleuten empfehlen wir, sich das nächste Jahrbuch des Verbandes anzuschaffen, da in diesem der Jahresbericht unserer Kommission enthalten sein wird.

Die Zentralkommission. J. U. N. K a p h e n g s t.

Korrespondenzen.

Utensteig im Schwarzwald. Die Möbelfabrik von Fr. Wadenhut beschäftigt 80-85 Kollegen. Die Behandlung der Arbeiter ist dort bald schlimmer als in einer Straf-anstalt. Der Unternehmer versteht es vorzüglich, aus den Arbeitern die höchsten Leistungen herauszupressen. Zum Dank für ihre ehrliche Arbeit haben die Arbeiter obenbrein noch das Vergnügen, sich mit den gemeinsten Ausdrücken bedienen zu lassen, so z. B.: Faulenzer, Lausbuben, Lumpen. In jedem Arbeiter vermutet er einen Dieb, der ihm sein Werkzeug stehlen will. Hauptsächlich bekommt man diese Neckerungen in der Winterzeit zu hören. Wer sich krank melbet, wird als faul hingestellt. Nachdem er die jungen Kollegen bei schlechter Konjunktur bis aufs Blut schikanieren hat, mündert er sich noch, wenn sich diese im Frühjahr nach besseren Verhältnissen sehnen und den Betrieb verlassen. Den reisenden Kollegen empfehlen wir, ehe sie hier in Arbeit treten, sich zuerst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Die hiesigen Kollegen aber müssen sich mehr um ihre eigenen Verhältnisse kümmern und sich rege am Verbandsleben beteiligen, um eine Besserung herbeizuführen.

Durlach. Die hiesige Zahlstelle hielt am 22. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß ein Vorkost bei der Firma Mai u. Sohn den Kollegen einen außerordentlichen Erfolg brachte. Es wurde dort neben Einsetzung eines Arbeiterausschusses ein Tarif anerkannt, der die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festsetzt, während bei Lieberstunden 25 Proz. und bei Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag gewährt wird. Sämtliche Berufsarbeiter erhalten einen Minimallohn von 45 Pf. Die bestehenden Löhne wurden um 2 Pf. aufgebessert. Auch wurde anstatt der selbsterhaltenen vierzehntägigen die achttägige Lohnzahlung eingeführt. Durch die Unterstützungseinrichtungen wurde im verfloffenen Jahre manchem Kollegen die Not etwas gelindert. Allein an Krankenunterstützung sind 988,40 Mk., an Arbeitsloslofe 210,05 Mk., an Sterbegeld 189 Mk. verausgabt worden. Insgesamt machte bei unserer kleinen Zahlstelle die Unterstützung an Mitglieder die erhebliche Summe von 1456 Mk. aus. Daraus kann man erkennen, daß der Verband außer der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Wertvolles an Unterstützung leistet, das sollte auch dem letzten indifferenteren Berufscollegen die Ausreden nehmen. Als Vorsitzender für das nächste Geschäftsjahr wurde Kollege Fr. Unt gewählt. In nächster Zeit wird eine Hausagitation veranstaltet, und werden alle Kollegen um rege Beteiligung hieran sowie an der nächsten Versammlung ersucht.

Gummeningen. Während unsere Generalversammlung vom 26. Januar sich eines sehr guten Besuches erfreute, ließ sich dies leider von der nächsten Mitgliederversammlung nicht sagen. Nur ganze sieben Kollegen hatten den Weg gefunden. Wenn die Kollegen immer über die schlechten Verhältnisse klagen, sollten sie sich auch etwas mehr am Verbandsleben beteiligen. Am 18. Februar findet nun wieder eine Versammlung statt, in der Kartellvorsitzender Baug einen Vortrag halten wird. Dazu sollte jeder Kollege erscheinen.

Guben (Vergolder). Die Firma Ubers u. Blumberg versucht es nun zur Abwechslung wieder einmal mit einem Berliner Meister. Unter dem Namen dieses Meisters Schröder werden jetzt auch die Arbeitergehälter versteckt. Dieser Herr behauptet, daß ein tüchtiger Vergolder oder Versilberer hier 24 bis 27 Mk. verdienen kann. Bei den jetzigen Akkordlöhnen ist dies jedoch nur selten möglich. Der Durchschnittslohn bleibt ein viel geringerer. Deshalb haben auch die fremden Kollegen, welche einmal hier arbeiten und an bessere Verhältnisse gewöhnt waren, Guben bald wieder verlassen. Die Firma versteht es ganz geschickt, bei neu eingeführten Mustern durch Umdauern der Nummern die Preise wieder zu drücken und den Nichteingeweihten zu benachteiligen. In bezug auf Behandlung bleibt sehr viel zu wünschen übrig. Nicht genug, wenn den Akkordarbeitern bei Zusätkommen Strafen auferlegt werden, müssen sie sich auch noch Rosenamen wie: „Fremde Bande!“ sagen lassen. Sogar ein Angestellter verließ sich zu der Unberühmtheit, eine Person mit „Ungarische Fertelsau“ zu benennen. Es ist höchst beschämend, daß Kollegen sich so etwas gefallen lassen. Schuld daran tragen die Kollegen, welche kleiner Vorteile willen lieber um die Günstigkeit Angestellter wuseln, als für das Gemeinwohl ihrer Kollegen eintreten. Aber mögen die Herren nur so weiter machen, desto schneller werden die paar Getreuen einsehen, daß nur allein der Anschluß an die Organisation ihnen helfen kann. Kollegen, welche gewillt sind, nach Guben zu kommen, wollen sich vorher bei der Ortsverwaltung informieren.

Halberstadt. In der Möbelfabrik, genannt „Wulfershöhe“, geht es wie in einem Taubenschlag her. Die Arbeiter lernen sich kaum kennen. Kaum fliegt einer hinaus, wird ein anderer, den Herr Wulfert in seiner Liste bereits burgenmerkt hat, an die Stelle gesetzt. Recht schwer scheint bei W. die Lohnbewegung im Jahre 1904 gewirkt zu haben. Er gelobte seinerzeit, keinen organisierten Arbeiter in seinem Betrieb zu beschäftigen. Dieses Vorhaben gelang ihm zwar nicht ganz, denn die tieftraurigen Verhältnisse haben veranlaßt, daß eine über Erwarten große Zahl von den dort Beschäftigten sich der Organisation anschlossen. Ansehender einige der schlechten Geschäftsgänge sind in letzter Woche einige organisierte Arbeiter und solche, die man dafür hielt, entlassen worden. Der Werkführer, dessen Bruder als Organistierter im Betrieb beschäftigt war, der auch sonst der

Organisation sympathisch gegenüber stand, erhielt seine Kündigung. Der Verband hat sich wieder zu fest eingeklinkelt, es muß etwas tiefer gegriffen werden.“ So lautet der Standpunkt des Fabrikgewaltigen. Zur Leitung des Betriebes hat W. seinen mit „kolossalen“ Nachkenntnissen ausgerüsteten, kaum 20jährigen Sohn bestimmt, der von zwei jüngeren Brüdern sekundiert wird. Diese jungen Menschenkinder maßen sich aber an, über das Wohl und Wehe von allen Arbeitern zu entscheiden, nur weil sie in der Wahl ihrer Eltern vorzüglich waren. Es wird eine Behandlungsweise angewendet, die man gerade nicht zu den anständigsten rechnen kann. Traurige Löhne und noch traurigeres Material sind die Grundpfeiler des Betriebes. Wochenverdienste von 12-15 Mk., ja sogar 10 Mk. sollen höchstens zur Auszahlung gelangt sein. Garzer Tannen werden als Stämme in den Betrieb eingebracht, geschnitten und in ganz wenigen Wochen zur Herstellung von Möbeln ausgegeben. Mit einem solchen Material soll ein Arbeiter einen Lohn verdienen, der die Erhaltung einer Familie ermöglicht. Dazu kommt, daß die Maschinenarbeit sehr zu wünschen übrig läßt. Allem die Krone setzt die Bedienung der Abrichtmaschine auf. Fast alles, was von dieser Maschine kommt, muß nachgearbeitet werden. Jedenfalls merkt der Betriebsinhaber gar nicht, daß an dieser Maschine die nötige Sorgfalt außer acht gelassen wird. Die Leistung dieser Maschine kann auch gar nicht besser sein, denn dort ist die Beobachtungs- und Meldestation für revolutionäre und sonstige Unarten. Zur herrlichsten Mühe hat sich in diesem Betrieb die Liebedienerei und Schmaroberei entfaltet. Die Arbeitszeit dauert in der Abteilung Möbelherstellung bis in die Nacht hinein; es gibt hier keine Grenzen. Bis vor kurzem wurde sogar ein Tischler zum Ruhen der Schaufenster benützt, und zwar abends und Sonntags. Jetzt nach Entlassung der „roten Elemente“ glaubt Herr Wulfert seinen Betrieb gereinigt zu haben, natürlich zu seinem Schaden. Er wird auch noch einmal einsehen, daß ein zu straff gespannter Bogen platzt. Die hiesige Arbeiterschaft wird jetzt besondere Obacht auf diesen Betrieb geben und dafür Sorge tragen, daß die Arbeiterschulbestimmungen nicht verletzt werden.

Fernsdorf (S. A.). Trotz eifriger Agitation der Verwaltungsmittglieder will es hier nicht recht vorwärts gehen. Selber gibt es noch Arbeiter hier, deren Selbstbewußtsein so gering entwickelt ist, daß sie sich ihrer eigenen Organisation schämen, anstatt bei den Fernstehenden für den Anschluß einzutreten. Am 5. Februar war es uns endlich einmal gelungen, sechs Unorganisierte in die Versammlung zu bekommen. Denen gegenüber sollten sich die alten Mitglieder schämen, die durch Abwesenheit plänzen. Nur durch ein einiges Zusammenstehen aller hiesigen Solgarbeiter ist es möglich, die Lebenshaltung zu bessern. Am 5. März findet nun eine weitere Versammlung statt. Kollege Guth aus Gersdorf spricht über die Beitragsfrage. Da sollte keiner fehlen.

Ferne. Trotzdem es uns gelungen ist, im letzten Jahre die Mitgliederzahl auf 27 zu erhöhen, sieht sie immer noch in keinem Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten. Viele Kollegen stehen uns noch fern. Trotzdem ist es hier gelungen, seit 1906 die Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden herabzudrücken und die Löhne zu erhöhen. Wieviel größer könnten aber erst die Erfolge sein, wenn alle Kollegen an die Zeit mit uns an einer Stange zögen? Dazu ist es aber auch notwendig, daß stets alle zur Versammlung kommen. Wer träge ist, kommt nicht weiter. Am 18. Februar wird Kollege Hien einen Vortrag in der Versammlung halten. Dann sollten alle Mitglieder erscheinen.

Mürnberg. (Maschinenarbeiter.) Die am 21. Januar stattgefundene Generalversammlung brachte in der Belegung der Sektionsleitung wenig Veränderung. Der Vorsitzende der Unfallkommission gab einen sehr umfangreichen Bericht, von dem hier einiges erwähnt sei. Es wurden hier 42 Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen ermittelt, welche 1082 Tage Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten. Die gefährlichste Maschine ist die Kreissäge mit 23 Unfällen; ihr folgt die Fräsmaschine mit 7, die Abrichtmaschine mit 5, Rollgatter mit 3, Hobelmaschine mit zwei Unfällen. Auf Blockbandsäge und Astbohrmaschine kommt je 1 Unfall. Von den Wochentagen hatten der Donnerstag 9, Mittwoch und Freitag je 8, Dienstag 7, Montag 6, Samstag 4 Unfälle. Während die linke Hand 30mal verletzt wurde, kam die rechte 12mal in Betracht. Obwohl die Unfallkommission erst einige Monate in Funktion ist, haben wir schon manchen Erfolg zu verzeichnen, denn durch ihre Tätigkeit war es uns möglich, in allen Werkstätten Verbindung zu erhalten. Der Versammlungsbesuch hat sich in letzter Zeit etwas gehoben. Den in den Sägemerken beschäftigten Kollegen möchten wir aber besonders ans Herz legen, sich mehr an den Versammlungen zu beteiligen, damit auch da einmal Breche geschlagen werden kann. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dazu angetan. Kommt darum alle in die in nächster Zeit stattfindende allgemeine Sägemarbeiterversammlung. Was in anderen Berufen möglich war, muß auch bei Euch zur Möglichkeit werden.

Prießau. Wiederholt ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß Kollegen, welche hier zugereist kommen, gleich in die Betriebe hineinflüchten, anstatt vorher sich erst hier bei der Verwaltung nach den örtlichen Verhältnissen zu erkundigen. Seit Jahren haben wir uns die Anerkennung des von uns geschaffenen Arbeitsnachweises erkämpft. Von organisierten Kollegen müßten dergleichen Einrichtungen mehr beachtet werden. Wir werden in Zukunft für keinen Kollegen eintreten, der sich auf solche Weise Arbeit verschafft.

Ravensburg. (Winkelmaher.) Unter den hiesigen Branchenangehörigen herrscht große Gleichgültigkeit, trotz dem die Arbeitsverhältnisse keineswegs glänzend sind. Wochenlöhne von 15 Mk. sind keine Seltenheit. Besonders ungünstig ist der Verdienst der jugendlichen und der weiblichen Arbeiter. Um die Familie einigermaßen über Wasser zu halten, muß fast allgemein die Frau mit in die Fabrik. Die Kinder werden den Tag über bei Verwandten oder in den Kinderbewahranstalten untergebracht. Welchen Einfluß eine derartige Lebensweise auf den soviel geschätzten Familiensinn ausübt, kann man sich denken. Aber nichts desto weniger machen die Kollegen ihrem Großteilig hinterem Biertisch durch Schimpfen Luft, anstatt lebhaft eine Besserung anzustreben. Das ist aber nur möglich, wenn

jeber einzelne schnellstens dem Verband beitrifft, ohne erst auf seinen Nebenarbeitern zu warten. So ist z. B. die letzte Lohnzulage bei F. W. Noll auch darauf zurückzuführen, daß in diesem Betrieb die Organisation in letzter Zeit gute Fortschritte zu verzeichnen hatte. Das sollte die Kollegen und Kolleginnen anspornen, Schüller an Schüller mit ihren Arbeitskollegen zu kämpfen, um auch in Havensburg bessere Verhältnisse zu schaffen. Den organisierten Kollegen aber sieht es schlecht an, über die Interessenlosigkeit der anderen zu jammern und dann selbst alle Arbeiten der Ortsverwaltung zu überlassen.

Souderburg auf Allen. Unsere Kollegen scheinen hier auch noch nicht begriffen zu haben, daß mit dem Vertragsabschluss allein noch lange nicht die Verbandspflichten erfüllt sind, dies kann man so recht an dem mäßigen Verbandsbesuch erkennen. Auch hier wäre es an der Zeit, bald geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Da dies aber die Lokalverwaltung nicht von selber machen kann, so müssen auch die Mitglieder mit Hand anlegen. Auch die häuslichen Kollegen, welche hier in Arbeit stehen, werden gebeten, die Versammlung zu besuchen. Es sind immer Kollegen anwesend, die ihnen die Verhandlungen ver dolmetischen.

Stuttgart. (Maschinenarbeiter.) Die diesige Sektion hat im vorigen Jahre wiederum eine Umfrage nach den Betriebsverhältnissen vorgenommen. Bedauerlich ist dabei allerdings, daß von 85 vorhandenen Betrieben nur 64 die ausgegebenen Fragebogen zurücklieferten. In diesen 64 Betrieben wurden 328 Kollegen beschäftigt, von denen 203 unserem und 14 anderen Verbänden angehörten, während 54 unorganisiert waren. Diese letzteren zu gewinnen, muß unsere nächste Aufgabe sein. In 17 Betrieben arbeiten noch Unberufene an den Maschinen. Diesen Mißstand zu beseitigen, ist der Wunsch aller Kollegen. Daß die Berufsgenossenschaft in dieser Hinsicht etwas mehr tut als in früheren Jahren, muß anerkannt werden. Wie die Unternehmer mit Hilfe der Kollegen es zu hintertreiben wissen, geht aus dem Bericht der Süddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft hervor, welcher in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 1910 erschienen ist. Zu dem darin enthaltenen Vorwurf, daß die Zahlstelle die Maschinenarbeit der Schreiner gewünscht habe, ist jedoch zu bemerken, daß dies nicht zutrifft. Die Ortsverwaltung erfuhr erst viel später davon. In zwei Betrieben arbeiten noch Maschinenarbeiter im Afford, und zwar bei Veins u. Co. und Keller u. Co. Bei der ersteren beträgt der Stundenlohn nur 88 Pf. In der Klaviermechanikfabrik Keller u. Co. arbeiten in großer Zahl Arbeiter unter 17 Jahren nicht an Maschinen gestellt werden dürfen. Die Heizung der Maschinenäle wird in 18 Fällen als ungenügend bezeichnet. Die notwendigen Schutzvorrichtungen fehlen nach Auskunft der Fragebogen nur in einem Betriebe. Unbefriedigender ist dagegen das Werkzeug. Es sind Werkzeuge vorhanden, wo mit Spannbadenmesser mit 1 Zentimeter Auflage, bei einer Spannbadenstiftlänge von 65 Millimeter, gearbeitet wird. Hierin liegt eine Unfallgefahr. Der Maschinenarbeiter trägt aber auch Schuld, wenn derselbe mit solchem Werkzeug arbeitet. Durchgreifende Maßnahmen im Interesse der Maschinenarbeiter, wie Berufsgenossenschaft, erscheinen hier geboten. Das Verfehlen von Abfällen in den Maschinenfälen wird in sieben Fällen, speziell im Baugeschäft, als schlecht bezeichnet. In 8 Fällen beklagen sich die Kollegen wegen schlechten Lichtes. Es sind dies Betriebe, welche die Werkstatt im Souterrain haben. In 24 Betrieben sind noch Steinböden vorhanden. Wie gesundheitschädlich dies ist, geht daraus hervor, daß jeder Maschinenarbeiter, der in einem solchen Betrieb arbeitet oder gearbeitet hat, an Rheumatismus leidet. Maschinengehenheit war in 44 Fällen vorhanden. Bei der letzten Statistik wählten wir 7 und heute 28 Ventilatoren, somit ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Gleichfalls können wir berichten, daß es uns gelungen ist, überall die runde Sicherheitswelle in der Hobelmaschine eingeführt zu sehen. Die Baugeschäfts-Berufsgenossenschaft sowie die Berufsgenossenschaft für Stahl und Eisen haben, unserem Besuch entsprechend, die Mitglieder bei Strafe verpflichtet, die runde Welle bis 1. Januar 1911 einzuführen. Die Entlohnung der Maschinenarbeiter entspricht nicht der hohen Unfallgefahr. In den Möbelgeschäften ist der Höchstlohn 67, der Durchschnittslohn 52 Pf. und der Mindestlohn 41 Pf. pro Stunde. In den Baugeschäften beträgt der Höchstlohn 88 Pf., der Durchschnittslohn 53 Pf. und der Mindestlohn 1 Pf. pro Stunde. Im ganzen kamen uns im Jahre 1910 45 Unfälle zur Meldung. Es entfielen auf die Präse 6, Kreisläge 14, Bandläge 4, Hobelmaschinen 14, Bohrmaschinen 8. Die Unfallunterstützungskasse der Sektion hatte im Geschäftsjahr eine Ausgabe von 200,50 Mk. Das Vermögen beträgt 950 Mk. Wenn wir auch nicht in allen Punkten das erreichen, was wir wünschen, so können wir doch befriedigt zurückblicken. Es liegt in eigenem Interesse der Kollegen, daß sie sich in diesem Jahre besser betätigen, die Versammlungen zu besuchen und die Sektion immer mit allen Vorkommnissen auf dem Laufenden halten.

Unsere Lohnbewegung.

Zur Tarifbewegung. Auch in Hamburg ist inzwischen eine Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß der alte Vertrag infolge Arbeitsnachweis um einen Monat verlängert wird. Die Arbeitgeber hatten bekanntlich bereits beschlossen, mit dem Ablauf des Vertrages am 1. Februar sogleich auch den eben erst eingerichteten paritätischen Arbeitsnachweis wieder aufzuheben. Ganz wohlwollend ist ihnen aber bei diesem Beschluß nicht gewesen, einmal sie nach den Erfahrungen der Vergangenheit sich die Folgen des Beschlusses wohl ausmalen konnten. Als nun am 11. Februar in der Schlichtungskommission obiger Vorstoß gemacht wurde, waren deswegen auch der Vorstand der Innung sowohl als derjenige des Hamburger Arbeiterschutzbundes bereit, ihm zuzustimmen, und auch unsere Mitgliederversammlung hat durch Beschluß vom selben Tage sich damit einverstanden erklärt, daß sowohl der paritätische Arbeitsnachweis, als auch das bisherige Vertragsverhältnis unverändert vorläufig auf die Dauer eines Monats verlängert werden. Zugleich erteilte die Versammlung der Lokalverwaltung und den Mitgliedern der Schlicht-

ungskommission Vollmacht, die Verhandlungen zur Erneuerung eines Tarifvertrages aufzunehmen. Hierbei hat aber die Versammlung in einer Resolution die Erwartung ausgesprochen, daß die angebahnten Verhandlungen dazu führen, daß ein den Zeit- und Ortsverhältnissen entsprechendes Vertragsverhältnis zustande komme, unter welchem gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen den vertragschließenden Organisationen im Voraus ausgeschlossen sind.

In Berlin stehen die Kammer der Saarschmelzindustrie Reichert seit dem 4. Februar im Streik, weil an den Affordpreisen Abzüge vorgenommen werden sollten.

In Birmingh. Th. dauert der Streik der Stodarbeiter noch fort. Verhandlungen sind angehängt; ob eine Einigung zustande kommt, ist aber noch sehr ungewiß.

In Grimnitzschan sind die Kollegen der Tischfabrik Pfahde am 30. Januar in den Streik getreten, um die Wiedereinstellung eines gemäßigten Kollegen zu erzwingen. Bei den darauffolgende eingeleiteten Verhandlungen war es nun nicht möglich, dessen Wiedereinstellung durchzusetzen. Um jedoch ähnliche Differenzfälle zu vermeiden, erklärte sich die Firma zum Abschluß eines Vertrages bereit. Dieser letztere sieht nun vor, daß die Arbeitszeit von jetzt 58 Stunden auf 68 Stunden im Jahre 1912 herabgesetzt wird und der Mindestlohn im gleichen Zeitraum von 88 auf 40 Pf. steigt, die Stundenlöhne erfahren eine Erhöhung von zusammen 4 Pf. Daraufhin ist nun am 6. Februar die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

In Frankfurt a. M. haben sich die Verhältnisse in der Holzwarenfabrik von Gg. Krud seit einiger Zeit so zugespitzt, daß es notwendig ist, dieselben der Öffentlichkeit zu unterbreiten und die auswärtigen Kollegen vor einer Arbeitsannahme bei der Firma Krud zu warnen. Seit 1. Januar stehen die Kollegen in Tarifkündigung. Das scheint der Firma schwer auf die Nerven gefallen zu sein, denn seit dieser Zeit wird ein Druck auf die Arbeiter ausgeübt, daß diese es lieber vorziehen, den Betrieb zu verlassen. Schon vor der Tarifkündigung versuchte die Firma, durch Zurückhaltung der Arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden, tagelanges Aussehen selbst verheirateter Kollegen, einen Druck auszuüben, sie einzuschüchtern, damit der Vertrag nicht gekündigt wird. Nun sucht die Firma durch eine unerhörte Affordpreiserhöhung die älteren Kollegen aus der Werkstatt zu ekeln. Es werden Preise angelegt, bei denen der tüchtigste Arbeiter Defizit machen muß. Der Meister Deutz leistet bei dieser Drückerlei bereitwilligste Hausnechtsdienste, der früher, als er selbst noch schrumpfen mußte, nicht genug bekommen konnte. Heute macht er den Antreiber und steht jeden Kollegen als Faulenzer an. Auch der Prokurist Finster gefällt sich in der Rolle eines Aufsehers, er kann es nicht begreifen, daß zwei Kollegen, wenn sie sich über die Arbeit verständigen, zusammensetzen müssen. Kommt dies vor, so droht er sofort mit Mausestreichern. Der gute Mann sollte sich lieber um seine Bureauarbeiten kümmern und dafür sorgen, daß die Afforde berechnet werden, ist es doch in der letzten Woche vorgekommen, daß keiner verrechnet worden ist. Auch in hygienischer Beziehung ist noch manches zu wünschen, der Leimosen ist in einer Verfassung, daß die Werkstatt des öfteren einer großen Mausestreicherei gleich. Das schlimmste aber ist der Terrorismus, den die Firma auf die Kollegen ausübt, die bei ihr das Arbeitsverhältnis lösen. Wollen die Kollegen in den Abfertwerken in Arbeit treten, so müssen sie eine Bescheinigung des Herrn Krud vorlegen, andernfalls werden sie nicht angenommen. Geschieht dies trotzdem einmal ohne Bescheinigung, so veranlaßt Herr Krud ihre Entlassung. Nun brauchen sich die Kollegen schließlich keine grauen Haare darüber wachsen zu lassen, wenn sie in den Abfertwerken keine Arbeit bekommen, denn nach Stundenlöhnen von 88 bis 88 Pf. kann sich niemand schämen, aber gegen den Terrorismus müssen wir protestieren, und das kann geschehen, wenn die Kollegen aus dem vorstehenden die Konsequenzen ziehen und Frankfurt a. M. jetzt nicht überlaufen.

In Herford ist der Streik in der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Niebaum u. Gutenberg nach 14wöchiger Dauer wieder beigelegt worden. Die Kollegen erhalten 2 Pf. Lohnerhöhung. Die Affordpreise sollen durch Mehrleistung von Maschinenarbeit verbessert werden. Die seitherigen hohen Strafen für Zuspätkommen werden abgeschafft.

In Mühlhausen i. Th. dauert der Kampf bei der Gelelfabrik Weichelt u. Seifert unverändert fort. Das Verhalten der Ausständigen ist mustergültig. Herr W. suchte nun durch auswärtige Zeitungen Streikbrecher heranzuziehen, die wir ihm jedoch zu seinem Leidwesen immer wieder abgeschoben haben. So steht er denn auch heute noch allein mit den wenigen hiesigen Arbeitswilligen. Das aber sind alles tüchtige Leute, daß wir den Schmerz des Meisters verstehen, wenn er ausruft: „Es graut einem, was noch dort hinter (in die Werkstelle) zu geben“. Köstlich bringen die mit der Absperrung bisher erzielten Erfolge den Herrn bald zu der Einsicht, daß es richtiger ist, sich mit seinen Leuten zu verständigen. Wir werden es ja abwarten, ersuchen auch die übrigen Kollegen, den Betrieb mit Arbeitsangeboten nicht zu belästigen. Die Ortsverwaltungen wollen gegen etwa erscheinende Insurrekte sofort Gegenmaßnahmen ergreifen.

In Lauterbach i. Schwarzw. sind die Kammer der mit der Firma Buchholz in Differenzen geraten. Die Arbeiter fanden bei der erheblichen Kälte der letzten Tage den Arbeitsraum mehrfach ungeheizt vor, so daß sie nicht arbeiten konnten. Auf ihre Beschwerde wurde ihnen zugemutet, das Brennmaterial selbst herbeizuschaffen, was bisher durch eine im Lohn stehende Arbeiterin geschah. Da diese Mehrarbeit eine Verringerung des Verdienstes bedeutet haben würde, weigerten sich die Kollegen. Anlässlich der Verhandlung über diese Angelegenheit sollte der Werkführer sofort entlassen werden, weil er für die berechtigten Wünsche der Arbeiter eintrat. Als daraufhin auch unsere Kollegen ihre Kündigung einreichten, wurde die sofortige Entlassung des Werkführers in eine Kündigung umgewandelt. Die Firma wird nun suchen, die Plätze anderweit zu besetzen. Wir bitten deshalb, den Ort bis zur Erledigung der Differenzen zu meiden.

In Rastatt dauert der Streik in der Waggonfabrik noch unverändert fort. Die Berufsstreikbrecher der Firma Müller Witwe in Hamburg verschwinden in kleinen Trupps aus Rastatt. Ihnen scheint der Waden nicht gut gefallen zu haben. Die Mehrzahl der Arbeitswilligen kommt jetzt aus dem Essig und aus Lothringen. Ullrich hat die Firma nicht viel damit. So bis wie kommen, gehen auch wieder, so daß heute nach elf Wochen an einen geordneten Betrieb noch nicht zu denken ist. Waggon sind im ganzen 8 bis 10 fertig geworden, diese waren aber schon vor Beginn des Streiks angefangen worden. Die Streikenden halten fest zusammen in dem Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Der Herr Staatsanwalt kann trotz seiner Strenge gegen die Streikenden nichts daran ändern, daß der Streik fortgeführt wird, obgleich er den Anträgen der Fabrikleitung, Streikenden wegen Beileidigung den Prozeß zu machen, in der weitgehendsten Weise entgegenkommt. Wegen ganz nichtiger Dinge schleppte man unsere Kollegen auf die Anklagebank. Wenn man einer solchen Gerichtsverhandlung beizuhören, muß man sich wirklich wundern, welchen Schuß die Arbeitswilligen genießen und wie fürsorglich und gütlich solche Elemente behandelt werden. Am 20. Februar findet die Generalversammlung der Aktionäre statt. Werden sie die Direktion noch weiter mit dem Gelbe so unsinnig wirtschaften lassen oder werden sie eine Verständigung anzubahnen suchen? Wir ersuchen die Holzarbeiter, Rastatt nach wie vor zu meiden.

In Neuhau spernte der Holzwoollenfabrikant Goller seine Leute aus, weil sie am 4. Februar eine Betriebsversammlung abhielten, die zum Zweck der Ausbreitung der Organisation einberufen war. Dabei wurden auch die Zustände im Betrieb gestreift. Ein Verräter hinterbrachte dies Goller, worauf am Montag früh ohne jeden Anlaß zwei Kollegen gekündigt wurde. Am Mittag sprach eine Kommission des wegen bei Goller vor, um den Grund zu erfahren. Goller wollte sich jedoch auf nichts einlassen. Auf die Erklärung der Arbeiter, daß sie sich mit den gekündigten solidarisch fühlten, erwiderte der Fabrikant: „Dann geht nur gleich!“ Den Arbeitern blieb nichts anderes übrig, als den Betrieb zu verlassen. Goller sucht jetzt die Sache so hinzustellen, als wenn die Arbeiter ohne jeden Grund davon gelaufen wären. Eine famose Fabrikordnung soll nun in Anwendung gebracht werden, um die Arbeiter und Arbeiterinnen um ihren fauer verdienten Lohn zu bringen, der zum Teil von voriger Woche noch steht, weil nur alle 14 Tage Zahltag ist. Eine Vermittlung durch die Organisation lehnte Goller ab, ebenso war die Vermittlung des Bürgermeisters erfolglos. Leider haben sich schon einige Mausestreich gefunden, die nicht etwa aus Not, sondern aus Unvernunft ihre Arbeitsstellen aufgaben und die Zustände noch weiter zu verschlechtern, anstatt zu verbessern helfen. Der bekannte Futtritt wird auch diese Judas noch treffen. Jeder rechtlich denkende Arbeiter wird diesen Betrieb so lange meiden, bis Goller die Anerkennung der Organisation beigebracht ist.

In Werbau haben die Kollegen der Bau- und Möbelstischerei von Lange vom 26. Januar bis einschließlich 4. Februar im Streik gestanden, weil die Firma die tariflichen Bestimmungen nicht einhielt. Charakteristisch ist, daß die im Tarifvertrage zur Erledigung solcher Streitigkeiten vorgesehene Schlichtungskommission noch nicht einmal gebildet war. Das dürfte daher kommen, daß die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse hier noch zu neu ist, um voll gewürdigt zu werden. Die Firma hat sich jetzt in der Verhandlung, an der ein Vertreter der sächsischen Streikversicherungsgesellschaft teilnahm, verpflichtet, den tariflichen Mindestlohn zu zahlen und bei Affordarbeiten den Stundenlohn zu garantieren. Beides waren die Streitpunkte bei der vorliegenden Differenz.

In Zittau dauert der Streik unverändert fort. Insbesondere sind es die Herren Barth und Sommer, welche noch immer nicht einsehen wollen, daß abgeschlossene Verträge auch voll zu halten sind. Dabei werfen sie nach der bekannten Manier der Spitzhüben, welche „Halter den Dieb!“ rufen, den Arbeitern vor, einen Vertragbruch begangen zu haben. Am 27. Januar fanden im Wetzen von Vertretern der beiderseitigen Zentralvorstände Verhandlungen statt. Hierbei wurde vereinbart, daß tarifmäßige Bauarbeiten im Afford und zu den vereinbarten Tarifpreisen auszuführen sind. Ferner sollten die Stundenlöhne nachgeprüft und hierüber, wie auch über sonst noch vorliegende Streitfälle durch Werkstattkommissionen verhandelt werden. Nach den Vereinbarungen der beiderseitigen Zentralvorstände gilt als ein normaler Arbeiter derjenige, welcher nach den üblichen Regeln in angemessener Zeit ein Stück Arbeit anzufertigen vermag. Diesen Arbeitern sollte nun auch der für Zittau vereinbarte Normallohn in Höhe von 42 Pf. mindestens gezahlt werden. Bei den Werkstattverhandlungen wurde auch in den Betrieben Dippmann, Pföhner sowie Krehshmer eine Einigung erzielt. In den Betrieben Kötter und Warth sowie Sommer scheiterten jedoch die Verhandlungen, da diese Unternehmer selbst einer Anzahl sehr tüchtiger Arbeiter den Normallohn verweigerten. Die Kollegen dieser beiden Betriebe lehnten hierauf die Arbeitsaufnahme ab, worauf die Arbeitgeber für alle Betriebe die Kündigung zum zweitenmal beschlossen. Dippmann ließ die Arbeit nicht aufnehmen. Bei Pföhner und Krehshmer kam es zur Absperrung. Neue Verhandlungen führten jedoch dazu, daß in den Betrieben Dippmann und Pföhner die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Herr Warth hat nun zum drittenmal eine allgemeine Absperrung angekündigt. Ob die streikwilligen Herren dies erreichen werden, bleibt abzuwarten. Den Firmen Sommer und Warth kann in jedem einzelnen Falle nachgewiesen werden, daß die unter dem Normallohn entlohnten Kollegen bei Affordarbeiten wiederholt über den Normallohn verdient haben oder daß diese Kollegen bereit sind, sich einer Nachprüfung durch Uebergabe von Tarifarbeit oder solchen Afforden, wo andere Arbeiter den Normallohn verdient haben, zu unterziehen. Trotzdem lehnen die Unternehmer diese Regelung ab. Wir bitten deshalb, Zittau nach wie vor streng zu meiden.

Ausland.

In Stockholm sind die Differenzen mit der Korbfabrik Scholz durch einen Schiedsspruch beigelegt. So günstig sind allerdings die Verhältnisse im Betriebe trotz-

noch nicht, daß sie einen ausländischen Kollegen anlocken könnten. Die meisten Jugeristen hätten es darum auch nur ein Vierteljahr aus, um wenigstens das Reisegeld zurückzubekommen. Auskunft über die Arbeitsverhältnisse in Schweden erteilt N. Wader, Stockholm, Tomtebodagatan Nr. 156 p. 1.

In Östern auf Rünen in Dänemark ist die Auswanderung der Solzarbeiter am 28. Januar zurückgenommen worden. Gleichzeitig hat der Unternehmer einige von den Arbeitern an die Wiederaufnahme der Arbeit geknüpft Bedingungen anerkannt.

Aus der Holzindustrie.

Die Aufnahmebedingungen in den amerikanischen Gewerkschaften.

Alljährlich wandert eine große Anzahl unserer Kollegen aus, um jenseits des Ozeans im Lande des Dollars ein Unterkommen zu suchen. Während nun aber in allen Ländern Europas der Organisierte freundliche Aufnahme bei den Berufskollegen findet, ist dies in Amerika nicht überall in dem Maße der Fall. Soweit die Internationale Union der Solzarbeiter reicht, werden bekanntlich zureisende Verbandsmitglieder ohne Eintrittsgeld aufgenommen und genießen sofort die gleichen Rechte wie die Mitglieder der aufnehmenden Organisation bei gleicher Mitgliedschaftsdauer. Demgegenüber schließen sich die amerikanischen Gewerkschaften vielfach durch hohe Beitrittsgelder ab und stellen dem Ueberretelenden sonstige erschwerende Bedingungen. Dabei ist das Beitrittsgeld selbst innerhalb eines Verbandes keineswegs einheitlich. Es steht vielmehr in der Regel den einzelnen Ortsvereinen frei, eine Erhöhung desselben vorzunehmen.

Um nun die auswandernden Solzarbeiter mit den Aufnahmebedingungen für sie in Betracht kommenden Organisationen vertraut zu machen, bringen wir nachstehend einen Auszug aus einer diesbezüglichen Abhandlung des „Correspondenzblatt“ und einer Aufstellung der „New-Yorker Volkszeitung“.

Die größte Organisation ist der Verband der Kaufleute und Zimmerer (United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America), über dessen Verbandsrat wir kürzlich berichteten. Der Verband hat in seine Prinzipien den Satz aufgenommen, daß er alle diejenigen, welche an den amerikanischen Küsten mit der ehrlichen Absicht landen, gesetzliche Bürger zu werden, willkommen heißt, aber zugleich wird das gegenwärtige System verdammt, welches die Einwanderung veramteter Arbeiter zuläßt, und den organisierten Arbeitern allerwärts empfohlen, danach zu streben, daß schärfere Einwanderungsgesetze erlassen werden. Ein Kandidat, welcher dem Verbandsrat als vollunterstützungsberechtigtes Mitglied beizutreten wünscht, darf nicht unter 21 und nicht über 50 Jahre alt sein und muß als Zimmerer, Bauhelfer, Treppenhauer, Schiffszimmerer, oder Stellmachergehilfe, Sägenmühlensarbeiter, Schreiner, Wagenbauergehilfe oder als Holzmaschinenarbeiter beschäftigt sein. Er muß guten, sittlichen Charakter haben und fähig sein, den üblichen Lohnsatz zu verdienen. Außerdem muß ein jeder Bewerber um die Mitgliedschaft Bürger der Vereinigten Staaten oder Kanadas sein oder Beweise erbringen, daß er beabsichtigt, Bürger zu werden. Für jeden Kandidaten müssen zwei Mitglieder bürgen, daß er die Eignung zur Aufnahme hat. Das Aufnahmegesuch wird einem Dreierausschuß zur Erhebung überwiesen. Gleichzeitig mit der Einreichung des Aufnahmegesuchs ist das Beitrittsgeld zu erledigen, das nicht weniger als 5 Dollar betragen darf. Mitglieder europäischer Gewerkschaften bleiben vom Eintrittsgeld befreit. Der erwähnte Dreierausschuß muß im Laufe einer Woche Untersuchungen über die Qualifikation des Kandidaten aufstellen, in der nächsten regelmäßigen Versammlung des Ortsvereins berichten und angemessene Empfehlungen machen. In derselben Versammlung kann der Kandidat aufgenommen werden, wenn der Ausschuss günstig über ihn berichtet. Zur Aufnahme ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Wird das Aufnahmegesuch abgewiesen, so kann es in drei aufeinanderfolgenden Versammlungen desselben Ortsvereins erneuert werden.

In den Verband der Piano- und Orgelbauer und Musikinstrumentenmacher (Piano, Organ and Musical Instrument Makers' International Union of America) wird jeder charaktervolle Kollege aufgenommen, der in seinem speziellen Handwerk wohl bewandert ist. Die Gebühr stellt sich auf 5 Dollar und kann in Raten eingezahlt werden. Kollegen, welche aus dem Ausland kommen und genügende Beweise dafür liefern, daß sie zur Zeit des Verlassens des betretenden Landes gut stehende Mitglieder (die mit den Beiträgen auf dem Laufenden sind) einer Organisation von Piano, Orgel- und Musikinstrumentenarbeitern waren, welche den gewerkschaftlichen Grundsätzen entspricht, sollen ohne Bezahlung einer Beitrittsgebühr zugelassen werden, vorausgesetzt, daß sie innerhalb vier Wochen nach ihrer Ankunft beitreten und daß die Organisationen der Herkunftsländer die Mitgliedschaft des amerikanischen Verbandes anerkennen.

Bei den Modellierern (Pattern Makers' League of North America) müssen Bewerber von zwei Mitgliedern vorgezogen werden und hat der örtliche Verwaltungsausschuß Untersuchungen über ihre Eignung zu pflegen und der nächsten Versammlung darüber zu berichten, worauf ballottiert wird. Zur Aufnahme ist erforderlich, daß zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dafür stimmen. Die Beitrittsgebühr von mindestens 5 Dollar und die Beiträge für drei Monate (40 Centis wöchentlich) haben neuangewonnene (auch zugereiste Organisierte) im Voraus zu bezahlen. Nur gelernte Modellmacher und solche Personen können Mitglieder werden, von deren gewerblicher Eignung der Ortsverein sich überzeugte. Gilt es der Ortsausschuß für notwendig, so haben sich die Mitgliedschaftskandidaten einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Zurückgewiesene Bewerber können sich nach sechs Monaten wieder melden.

Im Verband der Solzarbeiter (Amalgamated Woodworker International Union of America) differiert das Eintrittsgeld zwischen 1 und 15 Dollar. Die Bezahlung

desselben kann in Raten erfolgen. Besondere Anforderungen über die Staatsangehörigkeit werden nicht gestellt. Organisierte Einwanderer zahlen nur halbes Eintrittsgeld.

Demgegenüber nimmt der Verband der Sägenmühlensarbeiter keine Rücksicht auf die bisherige Zugehörigkeit zu einer Organisation. Das Eintrittsgeld von 2 1/2 Dollar ist sofort zu entrichten.

Wie wir sehen, sind die Uebertrittsbedingungen für den auswandernden deutschen Gewerkschaftler noch sehr verschieden, auf jeden Fall empfiehlt es sich aber für den Auswandernden, seine Beiträge in Deutschland bis zur Abreise zu entrichten und sich ordnungsgemäß abzumelden. Die Zentralverbände der Gewerkschaften stellen ihren auswandernden Mitgliedern auf Verlangen einen von der Generalkommission herausgegebenen „Platzheft für Auswanderer“ zur Verfügung, der ihnen auch die notwendigen Adressen vermittelt.

Später dürfte auch einmal die Zeit kommen, wo die amerikanischen Gewerkschaften der Holzindustrie der Internationalen Union angeschlossen sind und der organisierte Solzarbeiter gleiche Rechte diesseits wie jenseits des Ozeans genießt.

Der paritätische Arbeitsnachweis in Hamburg. In der letzten Quartalsversammlung der Hamburger Tischler- und Drechslervereine wurde beschlossen, daß der paritätische Arbeitsnachweis sich nach Ueberwindung der Kinderkrankheiten gut funktionieren werde. Im letzten Vierteljahr wurden von 3883 offenen Stellen 3300 besetzt. Insgesamt meldeten sich 3040 Arbeitslose. Das Urteil klingt anders, als der Entlassungsbericht einiger Berliner Unternehmer, die sich noch nicht an die geordneten Verhältnisse in der Arbeitsvermittlung gewöhnt haben.

Jahresberichte der Zahlstellen. Mit dem Anschwellen der Mitgliederziffer gehen immer mehr von den größeren Zahlstellen dazu über, ihren Mitgliedern einen gedruckt Geschäftsbericht zu unterbreiten. Abgesehen von dieser Rechenschaftsleistung an die Mitglieder geben diese Geschäftsberichte, ausgetauscht unter den beteiligten Verwaltungen diesen gegenseitig wertvolle Anregungen. Von den heute vorliegenden Geschäftsberichten weiß derjenige der Zahlstelle Bremen über einen nennenswerten Fortschritt im Jahre 1910 zu berichten. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 3023 männliche und 230 weibliche, zusammen also 3253 Personen, gegen 2744 im Vorjahr. Das ist eine Zunahme um 518. Die zahlreichen Lohnbewegungen führten zum Abschluß von Tarifverträgen für die Kistenmacher, die Zigarrenkistenmacher, die Stellmacher, Korbmacher und Mohrarbeiter. Außer dem Text dieser Verträge gibt der Bericht die Abmachungen wieder, die zur Beilegung des Werkstarbeiterstreiks führten. Eine im August ausgenommene Statistik ergab, daß in 90 Verbandsstellen der Tischlerei 1121 Verbandsmitglieder, 11 Christen und 21 Unorganisierte beschäftigt sind. Der Durchschnittslohn aller Verbandsmitglieder betrug 58,2 Pf. pro Stunde bei 58stündiger Arbeitszeit. Der paritätische Arbeitsnachweis wurde von 3080 Kollegen benutzt, 3058 offene Stellen wurden gemeldet, die auch sämtlich besetzt werden konnten.

Die Zahlstelle Bremerhaven war gleich Bremen an der Lohnbewegung auf den Seeschiffwerften beteiligt, auf denen über die Hälfte ihrer Mitglieder beschäftigt ist. Die Mitgliederzahl konnte im Berichtsjahre von 1056 auf 1412 gesteigert werden. Auffallend groß ist die Zahl der Arbeitslosen. Dessen liegen sich allein 718 eintragen. Der eigene Arbeitsnachweis der Zahlstelle vermittelte 190 Kollegen. Die Streikunterstützung betrug 25 040 Mk.

Die Leipziger Zahlstelle weiß über eine recht umfangreiche Tätigkeit zu berichten, was sich allerdings schon aus ihrer Stärke ergibt. Der Arbeitsmarkt zeigte im allgemeinen ein günstigeres Bild als in den Vorjahren. Dies machte sich besonders in der kürzeren Dauer der einzelnen Arbeitslosigkeit bemerkbar. In der allgemeinen Tarifbewegung im Frühjahr war die Zahlstelle mit 5200 Kollegen beteiligt und wurde erstmals auch die Musikinstrumentenindustrie in den Vertrag eingeschlossen. Außerdem wurden im Jahre 1910 u. a. Verträge abgeschlossen für die Hornbrecher, die Modell- und Fabrikarbeiter, mit vier Wagenfabriken, einer Nähmaschinenfabrik (Bergolder), einer Jalousiefabrik und für die Tischler in den Orten Großgörschen und Gohlis. Eine Umfrage bei den Maschinenarbeitern ergab, daß unter 427 an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Personen allein 270 waren, die zusammen 468mal Unfälle erlitten hatten. Die Mitgliederzahl ist von 5105 auf 5655 gestiegen. In Einmachern für die Hauptklasse waren zu verzeichnen 166 159 Mk., worunter allein 21 192 Markt für Ertbeiträge. Unter den Ausgaben nehmen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung mit 21 662 bzw. 21 447 Mk. die erste Stelle ein. Hierzu kommen noch für Arbeitslose 7265 Mk. an lokalen Zuschlägen. Die Arbeitslosigkeit verteilte sich auf 2026 Mitglieder. Das Zahlstellenvermögen betrug am Jahreschlusse 178 153 Mk.

Am günstigsten bezüglich der Arbeitslosigkeit stand die Zahlstelle Stuttgart da. Bei 3323 Mitgliedern am Jahreschlusse mußten nur 200 von der Unterstützung Gebrauch machen. Die Mitgliederzunahme ist mit 476 im Berichtsjahre eine recht erfreuliche. Der Gesundheitszustand scheint wenig günstig zu sein, denn es wurden allein 816 Kranke mit zusammen 22 500 Mk. oder pro Kopf 27,55 Mk. unterstützt. Eine am 1. Oktober für die Arbeiter in den Modellfabriken ausgenommene Statistik ergab einen Durchschnittslohn von 28,24 Mk. Bei den Schreibern allein betrug der Durchschnittsverdienst pro Stunde im Lohn 49 Pf., im Akkord 57 Pf. Die Mehrzahl aller Beschäftigten arbeiteten im Akkord. Der Bericht stellt dieser Statistik einen sehr knapp gehaltenen „Gehaltsvergleich“ einer fünfköpfigen Familie gegenüber. Die Aufstellung ergibt 1943,48 Mk. Jahresausgabe, was ein tägliches Entkommen von 6,47 Mk. voraussetzt. (Der notwendige Differenzbetrag ist nur durch Mitarbeit der Frau erklärlich.) Lohnbewegungen wurden durchgeführt in einer Jalousiefabrik, einer Mantornöbelfabrik, in Wagen-, Modell- und Klavierfabriken, sowie für die Kaufleute und in der Nachbarrstadt Leonberg.

Die Waggonfabrik A. G. Mastatt, bei der sich unsere Kollegen seit dem 28. November v. J. im Ausstand befinden,

veröffentlicht haben den Bericht über das Geschäftsjahr 1909/10. Danach ließen im Berichtsjahre sowohl die Beschäftigung als auch die Preise zu wünschen übrig. Nach 183 543 Mk. (107 062 Mk. im Vorjahr, das infolge Verlegung des Abfertigungsraums nur 9 Monate umfaßte) Abschreibungen verbleiben 77 054 (58 814) Mk. Reingewinn, wovon wieder 5 Prozent Dividende auf 1,20 Millionen Markt Aktienkapital verteilt und 9107 (7849) Mk. vorgetragen werden. Nach der Bilanz hatten neben 897 000 (708 500) Mk. Obligationen und unbenutzt 53 000 Mk. Hypothekenschulden die Kreditoren 1,18 (1,27) Millionen Markt zu fordern. Andererseits standen 872 450 Mk. aus. Die Vorräte werden mit 685 102 (697 032) Mk. bewertet. Die Umsätze zu beurteilen, sei wegen der allgemeinen Unsicherheit in der Waggonbauindustrie nicht möglich. Es wird ferner auf die Folgen hingewiesen, welche die gegenwärtige Lohnbewegung der Arbeiter für den Betrieb haben könne. Natürlich behauptet der Bericht, daß die Forderungen nicht bewilligt werden „konnten“. Dabei gehören die Arbeitsbedingungen dieses Betriebes zu den rückständigsten unter den Waggonfabriken. Die Direktion hatte trotz dieses „Nichtkönnens“ Geld genug, sich die teureren und leistungsunfähigen Streikbrecher auf einige Zeit einzukaufieren. Mit diesen nützlichen Elementen, behauptet der Bericht, sei bei keinem Abschluß dreiviertel der früheren Arbeiterzahl ersetzt. Diese letztere Behauptung soll jedenfalls zur Veruhigung der Aktionäre und der Gläubiger dienen. Unsere Leser wissen aus den Berichten über die Lohnbewegung in Mastatt, wie es mit diesen „Hausbrechern“ in Wirklichkeit ausschaut.

Bayerische Zellulosewarenfabrik vorm. Wader, A. G., Nürnberg. Nach den Berichten in den Berufszeitungen erbrachte das Geschäftsjahr 1910 nach 80 898 Mk. (1909: 41 420 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 222 499 Mk. (94 706 Mk.), aus dem 18 Prozent (5 Prozent) Dividende gezahlt werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Verfälschungsbemühungen.

Die fortschreitende Industrialisierung bringt es mit sich, daß immer mehr selbständige Handwerke als Glieder dem Großbetriebe eingefügt werden. Wir dürfen nur daran erinnern, daß zum Beispiel in der Holzindustrie heute wohl ebensoviel Drechsler und Holzbildhauer in Möbelfabriken arbeiten als bei den selbständigen Handwerksmeistern ihres Berufes Beschäftigung finden. Die Entwicklung der Maschinentechnik und die damit Hand in Hand gehende Teilarbeit ermöglicht die stärkere Heranziehung von nicht handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitskräften. Diese Entwicklung mußte notwendigerweise die ehemalige kunstmäßige Absonderung der einzelnen Berufsstände zerstören und somit in der modernen Arbeiterbewegung zur Gründung von Industrieverbänden führen. Dazu kommt noch, daß die Erstickung der Unternehmerorganisationen mit der Zeit derart hohe Anforderungen an die Kampfmittel der Gewerkschaften stellte, daß kleine Berufsverbände denselben auf die Dauer nicht entsprechen konnten.

Der Aufschwung, den die kleinen Branchen unter den Mittlichen unseres eigenen Verbandes genommen haben, ist der beste Beweis dafür, daß der „Zug zum Großen“ in deren eigenem Interesse liegt.

„Nimmer strebe zum Ganzen! Und laßt dich selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!“

Allein im Laufe des einen Jahres 1910 konnten wir berichten, wie die Brauer und Mühlenarbeiter, die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Steinholzer und schließlich noch die Hafnarbeiter, Seelenleute, Straßenbahner und Transportarbeiter den Weg zur Einheitsorganisation gefunden haben. Dadurch entstanden drei neue widerstandsfähige Organisationsgebilde. Außerdem vollzog der allerdings kleinere Schirmmacherverband den Anschluß an den unsrigen.

In der Metallindustrie haben nun die einzelnen Berufs zweifellos viel engere Beziehungen zueinander als zum Beispiel Brauer und Mühlenarbeiter. Bisher haben sich hier dem Industrieverband im Laufe der Jahre schon einige Berufsverbände angeschlossen, so die Former, Graveure, die Gold- und Silberarbeiter und außerdem die Metallarbeiter aus dem ehemaligen Werkstarbeiterverbande, trotzdem bestehen immer noch einige kleinere Verbände in dieser Industrie, für deren Selbständigkeit ein besonderer äußerer Grund nicht zu erfinden ist.

Wir wollen nicht untersuchen, warum die Entwicklung in den in Frage kommenden Berufen seither nicht zum Zusammenschluß führte, fest steht, daß sich Verfälschungsbemühungen auch hier mehrfach geltend machten. Erst kürzlich wieder haben diesbezügliche Verhandlungen zwischen den Vorständen des Schmiede- und des Metallarbeiterverbandes stattgefunden, die aber leider wieder zu keinem Ergebnis führten. Schon vor einem Jahre waren Uebertrittsverhandlungen gepflogen. Die Generalversammlung des Schmiedeverbandes im Sommer 1910 erklärte sich daraufhin im Prinzip für eine Verschmelzung, lehnte aber die Bedingungen des Metallarbeiterverbandes ab. Bei den jetzt in Stuttgart stattgefundenen Verhandlungen machten die Schmiede unter anderem folgende Vorschläge als Unterlage der Verhandlungen: Bildung einer Berufsgruppe auf lokaler und zentraler Grundlage. Der Gruppenleiter an der Zentrale gehört dem Zentralvorstand als Mitglied an. Derselbe wird aus den angestellten Personen der Zentralleitung des Schmiedeverbandes gewählt. Innerhalb der Zentralverwaltung wird eine besondere Verwaltungsabteilung für die Berufsgruppe gebildet. Vertretung der

Verufsgruppe in den Bezirksleitungen. Sicherung für die Erhaltung der geschaffenen Verufsgruppe.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erklärte jedoch diese Vorschläge für unannehmbar, weil sie sich nicht in die Verfassung des Verbandes einfügen ließen, insbesondere sei es nicht möglich, künftige Generalversammlungen schon jetzt in ihren Entscheidungen zu binden.

Eine Einigung kam infolge dieser auseinandergelagerten Wünsche nicht zustande, und müssen deshalb die Verhandlungsverhandlungen vorläufig als gescheitert betrachtet werden.

Die christlichen Gewerkschaften konnten bei ihrer Gründung bereits von den in jahrzehntelangen Kämpfen gewonnenen Erfahrungen der freien Gewerkschaften Gebrauch machen, wie sie ja auch heute noch den organisatorischen Einrichtungen der letzteren auf Schritt und Tritt folgen.

Diese Frage mag in Verbindung mit der rein finanztechnischen auch bei den bestehenden freien Berufsverbänden in der Holzindustrie den erst wieder in den letzten Jahren mehrfach erörterten Anschluß an den Holzarbeiterverband angeregt haben.

Christliche Gewerkschaften und Arbeiterinteressen. Für welche Aufgaben die Zentrumsparlei die christlichen Gewerkschaften braucht, hat jüngst in einer Rede zu Bonn der Zentrumsabgeordnete und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn mit einer nicht gerade häufigen Offenheit aus der Seele geplaudert.

Zurückgedrängt durch die vom Vlod in den Wahlkampf des Jahres 1907 hineingetragene religiöse Bewegung in der Zahl ihrer Reichstagsmitglieder, sind die Sozialdemokraten seitdem bei den Wahlen von Sieg zu Sieg geschritten.

Also nicht im Interesse der Arbeiter sollen die christlichen Gewerkschaften gefördert werden, sondern, um ihren Sturmwall gegen die Interessen der Arbeiter zu bieten, die ihre Vertretung in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie finden.

Das Schneidergewerbe befindet sich gegenwärtig in einer großen Tarifbewegung. In den Städten Barren, Werburg, Blankenburg, Braunschweig, Bremen, Asel, Chemnitz, Coblenz, Coburg, Danzig, Darmstadt, Henschel, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. W., Glogau, Götting, Greiz, Güstrow, Hamm, Hameln, Ideshheim, Jirchberg, Jena, Meißen, Königsberg, Leipzig, Ludwigsfelde, Mainz, Mannheim, Meß, Münster, Neudorf, Nürnberg, Osnabrück, Pforzheim, Regensburg, Reichenbach i. V., Schwab-Gmünd, Schwerin i. M., Sommer, Stendal, Stettin, Stuttgart, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven und Zittau i. S. sind die Tarifverträge der erwerbsfähigen zum 1. April gekündigt worden.

Die in Frage kommenden Verträge werden von den Zentralvorständen sanktioniert, behalten aber wie bei uns den Charakter von Ortstarifen.

Ein ernsthafter Kampf um das Koalitionsrecht ist in dem kleinen Städtchen Ellenburg ausgebrochen. Einige der dortigen Kapitalisten hielten den Zeitpunkt für günstig, um an die Vernichtung der freien Gewerkschaften zu gehen.

Die in Frage kommenden christlichen Gewerkschaften am Orte haben schleunigst durch ihren Gewerkschaftsführer Winter aus Berlin bei den ausserordentlichen Fabrikanten um gut Weiter bitten lassen, weil sie sich doch schon lange vor dem gelben Verein in den Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hätten.

Welche Rolle in diesem Kampfe um das Vereinigungsrecht übrigens den Christen und Hirschen zugebacht ist, berichtet der „Halleische Generalanzeiger“ in einer Notiz aus Ellenburg, in der es heißt: „Der Ausgang des Kampfes hängt davon ab, ob die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschaften genügend Arbeiter zur Fortführung der Betriebe stellen können und fest bleiben.“

Das Fachblatt für Holzarbeiter. Das vorliegende Februarheft rechtfertigt die über Erwarten günstige Aufnahme, die der neue Jahrgang des Fachblattes bereits mit dem Januarheft gefunden hat.

Die photographischen Abbildungen bringen ein Kinderzimmer von Emil Pirchan und das Wohnzimmer eines Arztes, beide Räume mit weiß gestrichenen Möbeln ausgestattet. Die Entwürfe behandeln die planmäßige Ausstattung einer einfachen Mietwohnung. Otto Winkelmüller behandelt in seinen Konstruktionszeichnungen die Wand- und Koulouzeanordnungen, wobei sowohl Bau- wie Möbelfachler berücksichtigt werden.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2, bezogen werden.

Der Reichsverband, Nationale Zeitung zur Vertretung der Sozialdemokratie, betitelt sich eine soeben im Verlag von G. Birk u. Co. in München erschienene illustrierte Festschriftsnummer, die in überaus gelungener Weise die Bestrebungen des Reichsverbandes und aller anderen Scharfmacher in Wort und Bild der verdienten Lächerlichkeit ausliefert.

Am Tage nach der sozialen Revolution. Diesen Titel führt das soeben in dritter durchgesehener Auflage erschienene Heft 2 der Schrift: „Die soziale Revolution“, von Karl Kautsky. Vereinsausgabe 80 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Conrad. Heft 10 und 11 liegen uns vor. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Prospekte und Probenummern kostenlos vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1911.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben benötigt, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstüfung haben erhalten, Zahlstellen haben in Tag bedürftig. Rows include various regions like Danzig, Götting, Breslau, etc., and a monthly breakdown for 1911.

Folgende Zahlstellen haben nicht berichtet: Pr.-Holland, Mügenwalde - Basewall - Biesenthal, Charlottenburg, Grotzen, Herzberg, Kallberge, Lübbenau, Schenkenberg, Sommerfeld, Sorau, Wittstod - Zittau - Worna, Wollenstein - Gernsdorf, Reußstadt, Rottenbach, Nulsa, Schweina, Steinach, Belle - Mehlis - Calbe, Wernigerode - Ahrensburg, Apperode, Gattorf, Lauenburg, Norden - Alfeld, Delligsen, Deimold, Mülden, Stadthagen - Iserlohn, Ohligs, Badersborn, Wesel - Alfeld, Ebersbach, Friedberg, Montabaur, Oberstein - Algenhof - Berchtesgaden, Brudmühl - Ahern, Biberach, Bretten, Geislingen, Göppingen, Holzgerlingen, Konstanz, Laupheim, Spaltingen, Zell-Schopphelm.

Table showing comparison of unemployment numbers for 1906-1911 across various months and regions, including columns for 'Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats' and 'Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose'.

